

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Hans Heinz Holz †, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller

Renate Münder

EDITORIAL

Hans Heinz Holz, der Initiator und Spiritus Rector von *Theorie und Praxis*, ist tot, er starb am 11. Dezember 2011. Wir führen seinen Namen weiterhin im Kreis der Herausgeber auf. Er wird durch sein Werk und mit uns weiterleben. Denn wir und viele andere werden in seinem Sinne weiter aktiv sein. Das heißt auch, wir werden um eine starke marxistisch-leninistische DKP kämpfen.

Dieses Heft, das den Schwerpunkt Marxismus-Leninismus hat, ist ihm gewidmet. Der Text, den wir von Hans Heinz Holz abdrucken, die zehn Thesen zur marxistisch-leninistischen Theorie aus seiner Schrift *Niederlage und Zukunft des Sozialismus*, war ohnehin für diese Aufgabe vorgesehen, denn dieser kurze Text ist ein komprimierter Einstieg in den Marxismus-Leninismus. Patrik Köbele würdigt den Kommunisten und Philosophen Holz als „eine lebende Manifestation der elften Feuerbachthese“: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.“ Er vertrat und lebte eine Philosophie der Veränderung.

Hans Heinz Holz schrieb in der Nr. 1 von *Theorie und Praxis* im Jahr 2005 trotz der widrigen Zeiten voller historischem Optimismus, den er immer bewahrt hatte: „Ein neues Jahrhundert hat begonnen. Eine neue Generation will *ihre Zeit verstehen, ihre Ziele bestimmen, ihrem Leben Sinn und Sicherheit geben*. Die Welt muss von Menschen gestaltet werden, deren Zukunft noch vor ihnen liegt. Die die Erfahrungen des

Kampfes gegen den Faschismus und des Aufbaus des Sozialismus gemacht haben, können ihnen mit ihrem Rat zur Seite stehen. Klar muss nur sein, dass es ums Morgen geht, in dem der Sozialismus nicht nur möglich sein, sondern wirklich werden soll. Dies wollen wir mit allem Optimismus festhalten. Denn das Alte darf nicht bleiben und die Menschheit wird die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen!“ Das rufen wir allen jungen Revolutionären zu. Studiert ihn, lernt von ihm, organisiert euch, passt euch nicht an, kämpft!

Gegen die Behauptung, der Meinungsstreit innerhalb der DKP sei bloße Nabelschau, er lähme und sei schädlich für das praktische Handeln der Partei, nimmt Daniel Bratanovic in seinem Artikel „Einheit von Theorie und Praxis – Organisationsprinzip der KP“ Stellung. Die Feststellung, dass die Partei von den zunehmenden Zweifeln am Kapitalismus angesichts der Krise kaum profitiere, darf nicht dazu führen, sich dem linken Mainstream anzupassen, sondern sollte eher zur Überprüfung des bisherigen Auftretens der Partei führen.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Fortsetzung der Diskussion um die antimonopolistische Demokratie mit Hans-Peter Brenner und Renate Münder, die auch die Forderungen, die sich daraus für eine antimonopolistische Strategie im Zeichen der Krise ergeben können, untersucht. Zu den Antworten der Linken auf die Euro-Krise lesen wir von Andreas Wehr, wie er die Möglichkeiten des Widerstands beurteilt. Und

die Strategie der Portugiesischen KP stellt Frank Bochow, ehemaliger Botschafter der DDR in Lissabon, dar.

Um der Beantwortung der Frage näher zu kommen, wie die Gewerkschaften ver.di und IG Metall sich zur Kriegs- und Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus stellen, untersucht Renate Münder die entsprechenden Anträge sowie die Debatte auf dem ver.di-Bundeskongress; und Peter Willmitzer stellt die kritiklose Haltung des IG Metall-Vorstands zur Rüstungsindustrie bloß, die in der Praxis darauf hinausläuft, zur Rettung der Arbeitsplätze mehr Mittel für den Rüstungsetat von der Bundesregierung zu fordern.

Eva Niemeyer geht erneut dem Thema *Wirtschaftsdemokratie* nach, das in den Hintergrundpapieren der IG-Metall-Führung auf das Niveau von *Mitarbeit und Mitverantwortung* gesunken ist und letztlich dazu dient, die Arbeiterklasse ruhig zu halten.

Im Literaturtipp stellt Herbert Münchow das Buch *Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter* vor, dessen Kern Artikel zur Klassenanalyse bilden. Und schließlich liefert Männe Grüß im Rahmen der Rubrik *Wie muss sich die DKP verändern* eine Einschätzung des Wahlkampfes der Partei in Berlin; die gleiche Aufgabe stellen sich Andreas Hartle und Johannes Magel zu den Kommunalwahlen in Hannover.



ZEHN THESEN ZUR MARXISTISCH-LENINISTISCHEN THEORIE

(aus: „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“)

1.

Kommunisten unterscheiden sich von anderen Anhängern des Sozialismus dadurch, dass sich ihre Vorstellungen von der zukünftigen Gesellschaftsordnung und dem Weg, der zu ihr führt, auf eine Theorie der Geschichte begründen, auf den historischen Materialismus, dessen Kern von Marx, Engels und Lenin ausgearbeitet wurde. Der Marxismus-Leninismus ist eine auf praktische politische Realisierung angelegte und durch die Erfahrungen der Praxis inhaltlich bestimmte und angereicherte Theorie, die ihre Ausbildung in den Kämpfen der Arbeiterbewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten hat und die Erfahrungen dieser Kämpfe in sich speichert. Sie spiegelt diese Kämpfe in ihrer Entwicklung – auch in Kontroversen und Widersprüchen. Ihr Realitätsgehalt besteht gerade darin, dass sie in diesen Kämpfen konsequente Positionen bezogen hat – sicher zuweilen auch falsche, die korrigiert werden mussten, die aber doch nicht ohne Gründe eingenommen wurden, aus denen wie aus den Fehlern zu lernen ist.

2.

Als eine Theorie der Geschichte (die sich auf ein umfassendes Verständnis des Naturprozesses und des Zusammenhangs von Natur und Geschichte, die Dialektik der Natur, den dialektischen Materialismus stützt), kann der Marxismus-Leninismus seinem Wesen nach kein Dogma sein, sondern eine Theorie, die die geschichtlichen Veränderungen in sich verarbeitet. Wo sie zum bloßen Dogma wurde, hat sich das sehr schnell durch Realitätsverlust gerächt. Verlust an schöpferischer Theorieentwicklung zieht praktische Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen nach sich. Das hat es in der kommunistischen Bewegung gegeben, ebenso, wie es immer auch die schöpferische Weiterentwicklung gegeben hat.

3.

Dass eine Theorie entwicklungsfähig ist, heißt nicht, dass sie beliebig verändert werden kann. Der Marxismus-Leninismus wäre nicht mehr er selbst, würde

er die Erkenntnis abschreiben, dass alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Grundlage seiner wissenschaftlichen Einschätzung von historischen Prozessen ist die Einsicht, dass deren entscheidende Triebkraft die Entwicklung der Produktivkräfte in den ihnen entsprechenden Produktionsverhältnissen ist, und dass die Entwicklung der Produktivkräfte fortschreitend in Widerspruch zu dem in den Institutionen der Gesellschaft festgeschriebenen Typus von Produktionsverhältnissen gerät; die Analyse einer bestehenden gesellschaftlichen (und das heißt auch politischen) Situation und der ihr angemessenen politischen Strategie beruht auf dieser Einsicht und schließt sowohl die Erfassung der allgemeinen Grundlage und Wesensstruktur einer Gesellschaftsformation als auch ihrer zahlreichen besonderen Durchsetzungsmechanismen und Widersprüche ein. Unverzichtbar ist für den Marxismus-Leninismus auch die Dialektik in ihrem Doppelaspekt als universelles Prinzip des Zusammenhangs der Wirklichkeit in den Bewegungsformen von Widersprüchen und als Methode der Darstellung dieser widersprüchlichen Bewegungsformen. Das bedeutet: Die Wirklichkeit ist eine Einheit von Vielen, sie verändert sich ununterbrochen, ihre Bewegung ergibt sich aus einer gegenseitigen Einwirkung von Widersprüchen aufeinander, in dieser Bewegung entsteht qualitativ Neues aus der Summe quantitativer Veränderungen. Schließlich gehört zum Grundbestand marxistisch-leninistischer Theorie, dass das gesellschaftliche Bewusstsein durch das gesellschaftliche Sein bestimmt wird, dass in ihm sich die Widersprüche des gesellschaftlichen Seins ausdrücken, dass die Menschen innerhalb dieser Widersprüche ihre jeweils durch Interessen, Traditionen, Erfahrungen und Erkenntnisse bestimmte individuelle Position beziehen und schließlich, dass es Grundwidersprüche gibt, die sich in Klassenlagen manifestieren.

4.

Die Geschichte verläuft nicht als schicksalhafter Prozess, dem die Menschen hilflos ausgeliefert sind. Die Menschen

sind immer die handelnden Subjekte der Geschichte. Jedoch wird ihr Handeln, wenn es ausschließlich oder vorwiegend durch private Interessen und individuelle Beweggründe geleitet ist, von den nicht durchschauten Strukturen der Gesellschaft aufgesogen und in seinen endgültigen Auswirkungen hinter dem Rücken der Individuen verändert; darum genügt der gute Wille allein nicht, um die Welt besser zu machen; bloße Moralität ist kein politisches Prinzip (so wenig wie Almosen die Gründe der Armut beseitigen); es ist nur durch ein theoretisches Verständnis des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft zu vermitteln. Darum kann eine politische Bewegung, die die Welt nach einer Zielvorstellung verändern will, nicht erfolgreich sein, wenn sie ihre Strategie und Aktionen einfach aus der Resultante oder dem Durchschnitt individueller Meinungen und Handlungen herleitet; das zu glauben, hieße die Irrtümer des bürgerlichen Demokratieverständnisses reproduzieren. Die gezielte Veränderung der Gesellschaft, sei es durch planmäßige Reformen mit dem Endziel revolutionärer Umgestaltung oder durch Umsturz in einer revolutionären Situation, bedarf einer theoriegeleiteten Organisation, also einer politischen Partei, die vom gemeinsamen Willen ihrer Anhänger getragen ist. Damit der Wille aller wirklich zu einem gemeinsamen aktionsfähigen Willen werden kann, müssen die Einzelnen sich der Organisationsform unter Zurückstellung ihrer individuellen Besonderheiten einfügen – natürlich nicht, ohne vorher am Prozess der gemeinsamen Willensbildung mitgewirkt zu haben; das ist das Prinzip der Disziplin, das für alle revolutionären Parteien eine simple Überlebens- und Wirkungsbedingung ist.

5.

Der Grundwiderspruch aller Klassengesellschaften ist die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums – in Form welcher Produktionsverhältnisse auch immer. Jede Veränderung der Produktionsverhältnisse hat in der bisherigen Geschichte nur die Aneignungsstrukturen verschoben und das

Schwergewicht der Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums von einer Klasse auf eine andere verlagert. Dabei wurden die Ausbeutungsmechanismen immer abstrakter und undurchsichtiger. Diese Abstraktion hat unter dem Kapitalismus und insbesondere in seiner hochentwickelten, staatsmonopolistisch abgesicherten und multinational organisierten Form ein Ausmaß erreicht, in dem der allergrößte Teil der Menschheit von der Aneignung und Entscheidung über die Nutzung des Mehrwerts ausgeschlossen ist und die Mechanismen der Akkumulation des Kapitals, der Erzeugung und Reinvestition des Mehrwerts sich auch gegenüber den Entscheidungsträgern verselbständigt haben. Das Klasseninteresse der Klasse, auf deren Kosten und gegen deren Selbstbestimmung die Verwertung des gesellschaftlichen Reichtums stattfindet, besteht in der Änderung der Eigentumsverhältnisse – und weil sie die einzige Klasse ist, die diesen Aneignungsstrukturen entgegensteht, ist die Herstellung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung ihre historische Mission; dazu gehört, dass sie zu deren Erfüllung die Möglichkeit besitzt. Aus der Entgegensetzung von Kapital und Arbeit bestimmt sich die Klasse, die das Kapitalverhältnis aufzuheben in der Lage ist, als Arbeiterklasse (wie auch immer die auseinandergehenden Merkmale der Arbeit sich auf diese Klassenzugehörigkeit auswirken mögen). Um sich als Klasse (und nicht nur als bloße Summe von Individuen) zu verwirklichen und damit zum Subjekt dieser historischen Mission zu werden, bedarf es des Bewusstseins von der Lage, in der sich die Menschen überhaupt und die Angehörigen der Arbeiterklasse befinden: Klassenbewusstsein. Es versteht sich von selbst, dass Klassenbewusstsein sich auf verschiedenen Ebenen von Erfahrungen bildet, keineswegs durch die Theorie zuerst oder gar allein; aber immer muss es durch die Theorie von der Klassengesellschaft und vom Klassenkampf fundiert sein.

6.

In der wissenschaftlich-technischen Revolution stellt sich eine neue Qualität des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte her. Einerseits können Wissenschaft und Technik heute allgemein hohen materiellen Wohlstand garantieren, wenn durch die Institutionen der Gesellschaft Aneignungs- und Verteilungsgerechtigkeit hergestellt würde. Andererseits bieten Wissenschaft und Technik die Möglichkeiten zur Vernichtung der menschlichen

Gattung und großer Teile der Natur; ja, die Menschlichkeit des Menschen ist durch genetische oder psycho-physische Manipulation bedroht. Die kapitalistische Form der Produktionsverhältnisse, die die Akkumulation des Kapitals und die private Verfügungsgewalt und Aneignung zum Bewegungsgesetz des gesellschaftlichen Lebens machen, kann diesen Widerspruch nicht lösen. Sie steigert ihn vielmehr zu hundertmillionenfachem Massenelend (3. Welt), zu ständig wachsender Kriegsgefahr und zunehmender Verkümmern der menschlichen, in Vernunft und freier Entfaltung der Anlagen sich verwirklichenden Persönlichkeit (mentale Verelendung). Nur eine sozialistische Gesellschaft gibt die Perspektive einer menschenwürdigen Zukunft der Menschheit.

7.

In der Perspektive auf den Kommunismus verbinden sich so die objektiven Gesetze der Geschichte, die die Gesetze der Reproduktion der menschlichen Lebensbedingungen sind, mit dem subjektiven Streben jedes einzelnen nach Selbstverwirklichung und Glück. Selbstverwirklichung ist jedoch nicht denkbar ohne Beziehungen zu und Rücksicht auf die Mitmenschen; sie ist nicht das Faustrecht des Individuums auf Kosten der anderen, sondern hat ihr Fundament in der Einsicht, dass der einzelne nur er selbst sein kann, wenn er in Solidarität mit den anderen ist. Solidarität und Bewusstsein der Gesellschaftlichkeit des Menschen, also eine sozialistische Moral, sind die Voraussetzung für das Programmwort des „Kommunistischen Manifests“, dass „die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. In kapitalistischen Gesellschaften bildet sich die neue Lebenseinstellung im Kampf um den Sozialismus heraus, in sozialistischen Gesellschaften im Kampf um den Aufbau des Sozialismus. Dieser Kampf bedarf einer Organisationsform; das theoretische Begreifen der sozialen und politischen Prozesse der Gegenwart und der Entwurf der Ziele für die Zukunft muss in der Organisation von den Menschen gemeinsam erarbeitet, ihnen vermittelt und in politisches Handeln umgesetzt werden. Die kommunistische Partei ist die Organisation, in der dies geschieht (einschließlich aller Irrtümer, die bei aktuellen Entscheidungen immer vorkommen); als der „Ort“, an dem die Konzeption einer sozialistischen Zukunft entworfen und die gegenwärtige Strategie mit Blick auf diese Konzeption erarbeitet

wird, ist sie die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse (auch in einer nichtrevolutionären Periode).

8.

Die historische Mission der Arbeiterklasse und die Aufgabe der kommunistischen Partei hat also zwei Aspekte: Erstens verwirklicht die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit der privaten Aneignung des Mehrwerts die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, die notwendig geworden sind, weil die Entwicklung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht mehr durch private Verwertungsinteressen sinnvoll gesteuert und beherrscht werden kann; ein gesamtgesellschaftlicher Plan ist erforderlich. Zweitens verwirklicht die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für Selbstbestimmung, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Unrecht das Ziel, eine Gesellschaft freier und gleicher Bürger zu errichten, in der jeder seine Anlagen allseitig entfalten kann; erst eine solche Gesellschaft, die kommunistische, garantiert „das Menschenrecht“.

9.

Auch nach dem Sturz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ist der Aufbau des Sozialismus und aus ihm hervorgehend des Kommunismus ein langer und widerspruchsvoller Prozess. Vorsozialistische Bewusstseinsformen und Verhaltensweisen überdauern die institutionellen Veränderungen lange, zum Teil mehrere Generationen lang. Klassenpositionen verschwinden nicht auf einen Schlag; also dauert auch der Klassenkampf, vor allem der Kampf um die neue sozialistische Weltanschauung an; theoretische Arbeit und ideologische Klarheit gewinnen dabei ein großes Gewicht. Dies umso mehr, als der Weg zum Sozialismus nicht in aller Welt parallel und gleichzeitig verläuft, sondern von einigen sozialistischen Ländern unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz gegangen werden muss, wobei die Metropolen des Kapitalismus ökonomisch noch überlegen sind. So hängt der Aufbau des Sozialismus wesentlich daran, dass die kommunistische Partei in der gesellschaftlichen Entwicklung sozialistischer Länder führend und für die anderen gesellschaftlichen Kräfte orientierend ist. Ihre Führungsrolle darf nicht in bürokratischen Mechanismen erstarren (welcher Gefahr sie jederzeit ausgesetzt ist), muss aber auch mit politischer Macht durchgesetzt und behauptet werden.



10.

Es ist an die Einsicht von Karl Marx zu erinnern, „dass eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist“. Der Kapitalismus erzeugt zwar heute die äußeren Widersprüche bei der Ent-

wicklung der Produktivkräfte, bis hin zur Gefahr des Untergangs der Menschheit, insofern bereitet er in seinem Schoße den Übergang zum Sozialismus vor. Aber der Kapitalismus ist immer noch imstande, in seinem Rahmen die Produktivkraftentwicklung zu organisieren, wenn auch mit

wachsenden Verlusten an Überlebensqualität; der Kampf gegen den Kapitalismus ist daher weltweit immer noch die Hauptaufgabe der Kommunisten.



Patrik Köbele

EIN UNENTBEHRLICHER IST TOT

Eigentlich sollte dieser Artikel eine Laudatio zum 85. Geburtstag von Hans Heinz Holz, dem großen marxistischen Philosophen unserer Zeit, dem Religionshistoriker, dem Kunstkritiker und Spezialisten für Kubismus, dem Kommunisten und DKP-Parteiarbeiter werden. Nun muss es ein Nachruf auf einen Freund werden.

Der Tod von Hans Heinz löste eine umfangreiche Berichterstattung aus. FAZ, die Süddeutsche, der Freitag, die Neue Züricher, selbst Bild-online meldeten ihn. Erstaunlich die Berichterstattung – sachlich bis wertschätzend. Als Beispiel mag die Schlusssequenz des Artikels von Dietmar Dath in der FAZ gelten, der zum Briefwechsel von Hans Heinz mit Peter Hacks meint: „Der Briefwechsel zwischen dem Gelehrten und dem Dramatiker gehört zum Lebhaftesten, was beide hinterlassen haben. Man sieht darin auch, dass Holz sich eine Weile als Nachlassverwalter einer besiegten marxistischen Gelehrsamkeit sah, am Ende aber ahnte, er könnte Mitbegründer einer neuen werden.“

Dath irrt eigentlich nur in einem, als Nachlassverwalter einer *besiegten* marxistischen Gelehrsamkeit hat sich Hans Heinz nie gesehen, für ihn war die Niederlage des Sozialismus, die Konterrevolution in Europa eine zeitweilige Erscheinung. Hätte er den Marxismus-Leninismus jemals als besiegt angesehen, es wäre nicht mehr seine Philosophie und Weltanschauung gewesen. Nicht, weil er sich opportunistisch auf die Seite der Sieger geschlagen hätte, sondern, weil er der festen und fundierten Überzeugung war, dass diese Philosophie und Weltanschauung als einzige in der Lage ist, die Welt und die

Gesetze der menschlichen Entwicklung zu erkennen. Eine solche Weltanschauung kann nicht besiegt werden; in ihrer Anwendung können Fehler gemacht werden, Fehler können zu vernichtenden Niederlagen führen, Fehler können tödliche Irrtümer produzieren. All diese Fehler sind nicht ausgeblieben, aber besiegt ist eine solche Weltanschauung nicht.

Insofern war der Philosoph Hans Heinz Holz eine lebende Manifestation der elften Feuerbachthese: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.“ Er vertrat und lebte eine Philosophie der Veränderung.

Dies schloss für ihn Beliebigkeit aus

Beliebigkeit erkannte er immer, wenn mit neuen, oft undefinierten Begrifflichkeiten um sich geworfen wurde und damit klare Termini über Bord gingen, z. B. in der Debatte um die Analyse des heutigen Stadiums des Kapitalismus. Weder empirisch noch analytisch konnte Hans Heinz sich dafür erwärmen, heute irgendwelche Hinweise auf die Möglichkeit einer nachimperialistischen (im Leninschen Sinne) Phase des Kapitalismus zu geben. Die Behauptung, dass die Wesenszüge der gesellschaftlichen Realität durch die Leninsche Imperialismustheorie nicht mehr zu erfassen seien und eine nachimperialistische Phase des Kapitalismus angebrochen sei, lehnte er vehement ab.

... und ebenso Dogmatismus

Dogmatismus war für ihn das Nachbieten von Lehrsätzen ohne die Überprüfung an der Realität.

Für den Widerspruch

Das brachte ihm nicht nur Freunde. Dabei war ihm an Kritik und Widerspruch sehr gelegen – nicht umsonst titelten wir „Lust am Widerspruch“ zu seinem 80. Geburtstag. Die Angriffe trafen ihn keineswegs nur vom politischen Gegner. So findet sich, noch während ich dies schreibe, auf der Internetseite www.kommunisten.de ein würdiger Nachruf von Robert Steigerwald neben dem unqualifizierten Verriss „Hans Heinz Holz' anti-marxistische Apologie“. In einem Gesprächsangebot von Bündnis Kräften an eine Bezirksorganisation der DKP las ich sinngemäß, dass die Grenze der Zusammenarbeit bei Kräften, die Positionen wie Holz vertreten, verlaufen würde. Dies basiert auf einem Unverständnis der Holz'schen Position in Kombination mit dem gängigen Totschlagargument: Stalinismus.

Diese fundamentale Ablehnung der Position von Hans Heinz brach und bricht immer dann durch, wenn eine moralische Herangehensweise den Blick auf seine materialistisch-dialektische Analyse verstellt, denn genau letztere forderte Hans Heinz. Den Disput darüber wollte er. Der inhaltlich unbelegte, moralinsaure Bannstrahl prallt an seinem Werk ab. Er lehnte es deshalb ab, „alle Leistungen, Errungenschaften, Institutionen und Ziele“ der sozialistischen Staaten an einem „Idealtypus von Sozialismus“ zu messen, „der nirgends sonst als in den Köpfen einiger Theoretiker existiert“, wie Erich Hahn formulierte (MB 3/2009, S. 38)

Viele, auch wohlwollende Nachrufschreiber, kritisieren Hans Heinz wegen mangelnder Parteilichkeit: Warum wurde dieser Kerl erst 1994 Mitglied

der DKP? Die Antwort ist nicht schwer, aber man muss sie kennen: Hans Heinz wurde nach der Befreiung vom Faschismus Mitglied der illegalen KPD und auch nach der Legalisierung der DKP gab es Situationen, in denen Kommunisten, in Absprache mit der Partei, die Mitgliedschaft nicht erwarben. Dass er der Partei auch damals nicht distanziert gegenüberstand, beweist seine Mitarbeit an den „Thesen zur programmatischen Orientierung“, dem ersten programmatischen Dokument nach der Niederlage, das die DKP auf ihrem Parteitag Anfang 1993 (!) beschlossen hat.

Nach der Niederlage die Partei bewahren

Hans Heinz hätte über all diese Anwürfe geschmunzelt. Er sah souverän darüber hinweg, was ihn als Person betraf. Wer solche Argumente braucht und sucht, um sich nicht mit den Inhalten seines Werkes auseinandersetzen zu müssen, der bleibt ein schwacher Gegner. Hans Heinz war sich nicht zu schade, vor Ort in zahllosen Veranstaltungen über die

Grundlagen einer marxistisch-leninistischen Partei zu diskutieren. In „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ lieferte er eine erste Analyse der Ursachen der Niederlage, was vielen Genossen und Genossen in und außerhalb der Partei wieder Mut gab. In „Kommunisten heute“ fasste er die Kriterien für eine kommunistische Partei zusammen. Seine überragenden drei Bände zur Dialektik enthalten grundlegende Untersuchungen zu Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie, von der Theorie zur materiellen Gewalt.

Widerspruch war und ist erwünscht. Auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Widerspruch, Diskussion und Verständnis werden die Grundlage für das Wiedererstarken einer marxistisch-leninistischen Partei in unserem Land sein – das ist das Vermächtnis von Hans Heinz. Arbeiten wir daran. Ein kleiner komprimierter Einstieg zu seinem Vermächtnis stellen seine zehn Thesen zur marxistisch-leninistischen Theorie dar – studieren wir sie.

Zum Schluss noch etwas Persönliches. Die Freundschaft und das Zusammensein mit Silvia (das können und werden wir weiterführen) und Hans Heinz (das hat der Tod beendet) war eine politische und menschliche Freundschaft, die mir und vielen anderen Genossinnen und Genossen sehr viel bedeutete. Wie gerne denken wir zurück an die Stunden in San Abbondio, einschließlich des wunderbaren Essens. Hans Heinz konnte genießen – die Diskussion, das Streitgespräch, die Aktion, den Rotwein und die Lammkeule. Trotz aller Trauer, Hans Heinz hätte es gewollt, dass wir nach dem Kampf auch genießen, die Diskussion, das Streitgespräch, die Aktion, den Rotwein und die Lammkeule.

Wir werden um eine starke marxistisch-leninistische DKP kämpfen, uns immer besser unsere Weltanschauung aneignen, sie anwenden und verbreiten und Kraft aus unserem Zusammensein schöpfen – das ist das Vermächtnis von Hans Heinz. Wir werden in seinem Sinne weiterkämpfen.



Daniel Bratanović

EINHEIT VON THEORIE UND PRAXIS – ORGANISATIONSPRINZIP DER KP

Der Genosse Fred Schmid ist sauer. In einem Diskussionsbeitrag in der UZ vom 23. 9. 2011 schreibt er: „So etwas habe ich in meiner über 50-jährigen Parteizugehörigkeit noch nicht erlebt. Da tobt ein brutaler Klassenkampf von oben, rollt die größte Wirtschaftskrise auf uns zu, die Millionen Menschen in den Abgrund ziehen wird, da wissen die Herrschenden nicht mehr wie weiter – aber wir offenbar auch nicht. Denn führende Genossen der DKP, der Partei der Arbeiterklasse, befassen sich in dieser Situation (...) primär mit scholastischen und Formfragen, statt mit inhaltlichen Alternativen.“ So und ähnlich klingen nicht selten vorgebrachte Unmutsbekundungen in den Leserbriefspalten der UZ, die ein Unverständnis für die scholastisch anmutenden, theoretischen Debatten zum Ausdruck bringen. In Zeiten verschärften Krisendrucks erscheint ganz anderes gefragt

als lähmende Nabelschau der Partei. „Der notwendige Meinungsstreit in der Partei darf nicht dazu führen, dass ein großer Teil unserer ohnehin geringen Kraft davon aufgezehrt wird“, merkt Walter Listl an [1]. Und Nina Hager ergänzt, dass zwar „ein sachlicher Meinungsstreit, eine umfassende Diskussion auf marxistischer Grundlage“ notwendig sei, um allerdings bedauernd zu konstatieren: „Stattdessen lähmt uns dieser Streit – theoretisch wie politisch, weil er die Ebene der Sachdebatte lange verlassen hat.“ [2]

Abgehobene Debatten?

Zweierlei spricht demnach aus derlei Verlautbarungen. Zum einen der Zweifel, ob in diesen Zeiten, die nach konkreter Aktion verlangen, Debatten, die als borniert wahrgenommen werden, noch angemessen sind, und zum anderen die

Behauptung, dass der Debattenton einen Klang angenommen habe, der eine nüchterne Auseinandersetzung verhindere. Doch ist es wirklich so, dass Kontroversen wie etwa diejenige um den historischen wie aktuellen Stellenwert von Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci unnötig, gar schädlich sind? Und inwiefern hat der innerparteiliche Streit die sachliche Ebene tatsächlich verlassen? Dieser Behauptung folgt nämlich in der Regel kein Nachweis darüber, wer wann auf welche Weise unzulässig unsachlich argumentiere. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass auf diesem Wege die reale Tiefe des innerparteilichen Dissenses verschleiert werden soll.

Die Fragestellung verweist auf ein grundsätzliches Problem. Die inhaltlichen Differenzen, die auch das 2006 verabschiedete Programm nicht zu be-



enden vermochte, wurden anfänglich entlang der Einschätzung des Imperialismus, der Bewertung des real existierenden Sozialismus und der Bedeutung der sozialen Bewegungen geführt, um allmählich zwangsläufig zu ihrem Kern vorzudringen. Es geht um Rolle, Aufgabe und Identität einer Kommunistischen Partei heute. Patrik Köbele hat anhand von sechs Thesen die wesentlichen Charakteristika einer Kommunistischen Partei benannt [3]. Einen zentralen Aspekt jedoch hat er ausgespart, zumindest nicht explizit benannt: Die Grundfrage nach ihrer Besonderheit gegenüber allen anderen Parteien, Organisationen und kurzlebigen Bewegungen. Geklärt werden muss, „was im Begriff einer *Kommunistischen* Partei gedacht wird“ (Hans Heinz Holz).

Die Besonderheit der Kommunistischen Partei als Partei der Arbeiterklasse besteht eben nicht darin, einem Sonderinteresse zum Durchbruch zu verhelfen; „sie kann vielmehr nur *kommunistisch* sein, wenn sie das Wohl *aller* erstrebt. Das Wohl *aller* ist aber nicht aus dem Bedürfnis und Interesse einzelner abzuleiten, sondern nur durch die allgemeine Theorie zu bestimmen“, schreibt Hans Heinz Holz [4]. Eine allgemeine Theorie, die den Anspruch erhebt, „das Ganze der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur“ zu erfassen (S. 15). Nur eine solche Theorie, die wissenschaftliche Weltanschauung des historischen und dialektischen Materialismus, „kann ein unverzerrter Ausdruck des Allgemeininteresses oder der Menschheitsinteressen werden“ (S. 17) und bildet mithin die Grundlage des politischen Handelns, das befähigt, eine gesellschaftliche Umwälzung anzustreben. Daraus ergibt sich, dass die Wesensform und das Organisationsprinzip einer Kommunistischen Partei die Einheit von wissenschaftlich-weltanschaulicher Orientierung und politischer Strategie, kurzum die Einheit von Theorie und Praxis ist. Das ist der eigentliche Sinn des Leninischen Diktums, dass es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Praxis geben könne. Das unterscheidet die Kommunistische Partei von allen anderen organisierten Interessenszusammenschlüssen. Das hat sie ihnen voraus.

Zutreffend ist das freilich nur unter bestimmten Voraussetzungen. Diese Einheit ist nicht per se gegeben und

kann nicht einfach dekretiert werden. „Die Partei ist der Ort, an dem diese Verschmelzung von Theorie und Praxis geschieht – *sofern* ein echtes Parteilieben mit aktiver Beteiligung der Mitglieder sich entfaltet, in dem aus den Erfahrungen der Praxis gelernt, die Theorie konkretisiert, modifiziert und auf die Wirklichkeit bezogen wird und aus den theoretischen Verallgemeinerungen wieder Konsequenzen für die Praxis gezogen werden.“ (S. 35, Hervorhebung D.B.) Stets aufkommende Differenzen sind dabei mehr oder weniger unvermeidlich. Sie begründen gerade die Lebendigkeit einer Organisation und bewahren und erneuern die Einheit. Wenn eine Theoriendebatte als Selbstbeschäftigung ohne nachvollziehbaren Bezug zur Außenwelt erscheint, dann verweist das darauf, dass die Partei an sich selbst und ihren eigenen Grundlagen unsicher geworden ist.

Parteifrage Kern der Differenzen

Es gibt, das steht außer Frage, unterschiedliche, einander ausschließende Auffassungsweisen, was eine Kommunistische Partei ist bzw. zu sein hat. In seiner Replik auf Hans-Peter Brenner referiert Leo Mayer den Gehalt und die Bedeutung des theoretischen Schaffens Antonio Gramscis [5]. Gegen Ende des Beitrags kommt er darauf zu sprechen, dass die Herausbildung eines Klassenbewusstseins „in erster Linie eine kulturelle und Aufgabe der Volksbildung und politischen Erziehung und erst in zweiter eine organisatorische“ sei, die von „organischen Intellektuellen“ der Arbeiterklasse und nicht von „Berufsrevolutionären“ bewältigt werden müsse. Ist allein schon für sich genommen die Gegenüberstellung von „Berufsrevolutionären“ (Lenin) und „organischen Intellektuellen“ (Gramsci) reichlich fragwürdig, so ist ein Zusatz, den Mayer in diesem Kontext en passant anfügt, dazu angetan, die Rolle, die er der Kommunistischen Partei beimisst, errahnen zu lassen: Sei mit dem „organischen Intellektuellen“ bei Gramsci noch die Kommunistische Partei gemeint gewesen, so müsse damit „heute eher ein Netzwerk von Parteien und Bewegungen“ angesprochen sein. Damit ist aber die zuvor angesprochene besondere Qualität der Kommunistischen Partei relativiert, ja sie ist damit beseitigt. Diese Aussage bewegt sich im Fahrwasser der *Politischen Thesen*, die nur noch danach fragen, „welchen Beitrag

unser Ansatz als KommunistInnen (...) erbringen kann“. Die Kommunistische Partei wäre damit lediglich ein Beiträger, ein Rat- und Ideengeber in einem linkspluralistischen Meinungsdickicht auf inhaltlich-theoretischer Ebene und einem bunten Mosaik der Parteien und Bewegungen auf organisatorisch-praktischer Ebene.

Kann der folgende Satz aus dem Manifest der Kommunistischen Partei im Rahmen des angedeuteten Parteiverständnisses dann noch Gültigkeit beanspruchen? „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ [6]. Wer die dort von Marx und Engels ausformulierten, von Lenin in „Was tun“ weiterentwickelten und von Hans Heinz Holz noch einmal auf den Punkt gebrachten Kernelemente einer Kommunistischen Partei nicht mehr anerkennen mag, der unterzieht sie einer Revision. Nichts anderes besagt dieser Terminus, und es wird damit weder die Sachebene verlassen (Hager), noch bedarf es zu dieser Feststellung einer „kommunistischen Glaubenskongregation“ (Listl).

Im Gegensatz dazu in aller Klarheit noch einmal Hans Heinz Holz: „Theoretische Arbeit gehört zur politischen Aktivität“ einer Kommunistischen Partei“ (S. 36). Angesichts der Fülle, Unübersichtlichkeit und Komplexität der realen äußeren Vorgänge ist, um die Ziele zu erkennen und den Weg ohne opportunistische Anpassung zu bestimmen, „die Strenge der Theorie, des historischen Materialismus, der Dialektik, des Marxismus-Leninismus nötig“, ist „die wissenschaftliche Weltanschauung ein zentrales, unverzichtbares, bestimmendes Moment der Praxis“ (S. 56). Dazu bedarf es einer Organisation, die diese Einheit von Theorie und Praxis verkörpert. Erfüllt diese Organisation diesen Anspruch, dann wirkt sie tatsächlich als Avantgarde, nicht etwa in einem anmaßenden und besserwisserischen Sinne, sondern real und objektiv, soweit sie „ihre Zeit in Gedanken erfasst“ und in die Praxis umzusetzen vermag. „Die Organisation des Klassenkampfes erfordert die Existenz einer von theoretisch ausgebildetem, im wissenschaft-

lichen Sozialismus begründetem Klassenbewusstsein geleiteten Partei, die der Kristallisationspunkt und Kern der Opposition gegen das herrschende System sein kann. Die Parteifrage ist nicht ein so oder so zu betrachtender Aspekt der *Organisationssoziologie*, sondern ein zentrales Stück des Geschichtsverständnisses“ (S. 88).

Wenn wir an diesem Anspruch festhalten wollen und die eigene Organisation auf diese Höhen hieven wollen, dann bedürfen wir der unablässigen theoretischen Schulung. Das ist das politische, praktisch-theoretische Erbe und die Aufforderung, die uns Hans Heinz Holz hinterlassen hat.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Walter Listl, UZ vom 9. 12. 2011
- [2] Nina Hager, MB 6/2011, S. 79
- [3] Patrik Köbele, UZ vom 9. 12. 2011
- [4] HansHeinzHolz, Kommunistenheute, Essen 1995, S. 14 – alle folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Schrift
- [5] Leo Mayer, jW, 14.11.2011
- [6] MEW, Bd. 4, S. 474



Hans-Peter Brenner

WEG ZUM SOZIALISMUS*

Seit neuem wird die antimonopolistische Strategie nicht nur von einer „rechten“ Position in Frage gestellt, die an deren Stelle die Orientierung auf einen „Anti-neoliberalen Block“ stellt die „Hegemonie“ erringen soll. Auch aus dem Spektrum der „Gruppe der 84“ und der von ihnen betriebenen Zeitschrift „Theorie und Praxis“ wird eine grundsätzliche Kritik daran geübt: darunter vom Stuttgarter DKP-Kreisvorsitzenden Genossen Björn Blach.

Dem liegt ein generelles Nichtverstehen der in der Leninischen Revolutionsstrategie entwickelten Einheit und Dialektik von demokratischem und sozialistischem Kampf zu Grunde. Offenbar haben die Genossen, die eine solche Grundsatzkritik üben, die geschichtlichen Wurzeln und Erfahrungen, die diesem von der DKP in allen Programmen nach 1968 und den Programmen der KPD seit der ersten großen Analyse der Niederlage gegen den Faschismus („Brüsseler Konferenz“ von 1935) zu Grunde liegen, nicht ausreichend reflektiert. Die von der Komintern entwickelte und von Lenin begründete Grundkonzeption, der Suche nach „Übergängen“ zum Sozialismus, ist aber weniger kompliziert und „scholastisch“ als die Kritiker offenbar meinen, unterstellen oder glauben zu müssen.

Die auf dem VII. Weltkongress im berühmten Referat von G. Dimitroff in Erinnerung gerufene Grundüberlegung, Formen des „Herankommens“ oder des „Übergangs“ zum Sozialismus zu suchen und zu erproben, wurde u. a. auch von der KP Chinas unter Mao in der Konzeption der „neuen Demokratie“

und in der Konzeption der osteuropäischen „Volksdemokratien“ nach 1945 realisiert. Dies war noch nicht „Sozialismus“, sondern eine Übergangsetappe dazu, auf ihre nationalen Bedingungen adaptiert.

Diese Strategie steht in der direkten Tradition der von Lenin konzipierten Orientierung des Kampfes für eine (antizaristische) „revolutionäre Demokratie der Arbeiter und Bauern“, der „revolutionären Demokratie im staatsmonopolistischen Kapitalismus“ unmittelbar vor der Oktoberrevolution und auch der in der Stalin-Ära praktizierten Variante der „Arbeiter- und Bauernregierungen“, einer strategischen Orientierung seit dem IV. Kongress der Komintern.

Die von der DKP seit der Neukonstituierung propagierte „antimonopolistische Strategie“ bzw. das Konzept der „antimonopolistischen Demokratie“ gilt für eine Phase und ist Ausdruck einer Phase verschärften Klassenkampfes und sich verändernder Kräfteverhältnisse, in der die Machtfrage aber noch nicht endgültig gelöst wird.

In These 9 des Düsseldorfer Parteitags von 1971 wird darauf hingewiesen, dass, „in dem Maße (Hervorhebung durch HPB), wie durch den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen antimonopolistischen Kräfte der staatsmonopolistische Kapitalismus überwunden wird, (auch) die schärfsten Formen der kapitalistischen Ausbeutung, die Ausbeutung durch die Monopole und den monopolkapitalistischen Staat beseitigt (werden)“.

Die **Machtfrage** ist in diesem Stadium also **noch nicht endgültig entschieden**. Der „revolutionäre Bruch“ ist noch nicht vollzogen. Die politische Macht der Arbeiterklasse ist noch nicht errichtet. Die antimonopolistische Macht ist zwar „kein Kapitalismus“ in der üblichen Form mehr – insofern ist es eine „revolutionäre“ Demokratie – aber es ist auch „noch kein Sozialismus“. Der Kampf ist noch nicht entschieden.

Dies entspricht völlig den Überlegungen, die Lenin in seiner strategischen Konzeption im Herbst 1917 in dem Artikel „**Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll**“ (Lenin Werke, Bd. 25) dargelegt hatte.

Wir befinden uns noch immer in der Phase des noch nicht voll entschiedenen Machtkampfes, der an den „revolutionären Bruch“ heranführen soll und muss, wenn nicht diese Etappe mit einer Niederlage und der erfolgreichen Gegenoffensive der konterrevolutionären Kräfte enden soll (Beispiel Chile 1973).

Dies aber ist die Missdeutung und Fehlinterpretation dieser Konzeption durch Genossen B. Blach und seine Mitautoren.

** Auszug aus einem Referat für die Vorbereitungskonferenz der DKP Ruhr-Westfalen am 1. 10. 2011 auf die Theoretische Konferenz der DKP. Der hier abgedruckte Text trägt im Manuskript die Überschrift: „3. Block: Sozialismus, Weg zum Sozialismus“.*



ZUM BRIEF DES GENOSSEN STEIGERWALD

in der UZ vom 7. 10. 2011*

Lieber Genosse Steigerwald,

Dein Beitrag bedarf an vielen Stellen der Diskussion und Kritik, hier in einem Leserbrief nur eine Richtigstellung zu einem Punkt: Du schreibst – ihr, die Programmierer von 1978 – habt ganz viele Forderungen aufgenommen, die bereits vor der sozialistischen Revolution „in Angriff genommen und gelöst werden könnten“. Für diese Herangehensweise berufst Du Dich auf die, wie Du sagst, „wichtigste strategische Orientierung des Marxismus“ aus dem Kommunistischen Manifest, die Du wie folgt wiedergibst: „Die Kommunisten kämpfen für Maßregeln, die obgleich unzureichend, im Verlaufe ihrer Verwirklichung über sich selbst hinausstreben.“

Das Zitat aus dem Manifest im Kapitel II „Proletarier und Kommunisten“ lautet richtig und im Zusammenhang:

„Der nächste Zweck der Kommunisten ist: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschafft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ Wenige Seiten später heißt es dann, darauf Bezug nehmend: „Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschafft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen (...) Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinausstreben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“

Zusammengefasst lautet die strategische Orientierung im Manifest also anders als bei Dir: Erst Bildung des Proletariats zur Klasse oder anders gesagt, die Entwicklung von der „Klasse an sich, zur Klasse für sich“; dann Eroberung der politischen Macht. Das wiederum ist die Voraussetzung für die Umwälzung der ganzen Produktionsweise, beginnend mit Maßnahmen, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, aber notwendig, weil vorwärtstreibend sind.

Mit diesen Zitaten ist in der Sache natürlich nichts entschieden. Sie machen nur klar, dass Du Dich für Deine Position nicht auf das Kommunistische Manifest berufen kannst.



* Dieser Leserbrief wurde von der UZ nicht abgedruckt.

Renate Münder

WARUM EINE DEBATTE ZUR ANTIMONOPOLISTISCHEN DEMOKRATIE?

Wieso zerbrechen wir uns den Kopf über die Möglichkeit einer antimonopolistischen Demokratie, wo das revolutionäre Ziel so weit entfernt ist?, fragen manche Genossen. Dennoch ist diese Diskussion nicht akademisch. Denn bei der Dialektik von Reform und Revolution spielt die richtige Analyse und die Entwicklung von adäquaten Forderungen eine entscheidende Rolle.

Angesichts der Vielzahl transformatorischer Ansätze – von Stellungnahmen der IG Metall, isw-Artikeln zur Wirtschaftsdemokratie bis hin zu den *Politischen Thesen* des früheren Sekretariats der DKP – gingen drei Genossen der Frage nach, durch welche ideologischen Schwachstellen der Revisionismus der Thesenschreiber begünstigt wird.

Nach den zwei Artikeln von Björn Blach, Männe Grüß und Thomas Kurth in T&P 25 erschien eine Replik von Robert Steigerwald in der UZ vom 29. 7. 2011, darauf eine Antwort der drei Autoren, UZ vom 23. 9. 2011 und T&P 26, und wiederum eine Replik von Robert Steigerwald in der UZ vom 7. 10. 2011. Schließlich enthält das Referat von Hans-Peter Brenner auf der Konferenz des Bezirks Ruhr-Westfalen im Vorfeld der Theoretischen Konferenz in Hannover eine (nicht vorgetragene) Passage zu dem Thema, die wir in diesem Heft auf S. 7 abdrucken.

Wo ich übereinstimmende Positionen sehe

Als erstes möchte ich festhalten, dass der Artikel der drei Autoren keine

grundsätzliche Kritik an der antimonopolistischen Strategie übt, im Gegenteil. Ich wiederhole deshalb die Sätze aus der Stellungnahme von Blach u. a.:

„Aus unserer Sicht ist in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes ideologisch und politisch der Hauptstoß gegen das Monopolkapital zu richten, bzw. gegen die vereinigte Macht von Monopolkapital und Staat, denn die Monopole stellen in der Tat ökonomisch „das Rückgrat des heutigen Kapitalismus“ dar und haben sich den Staatsapparat untergeordnet. Das beinhaltet auch, dass wir antimonopolistische Losungen aufstellen müssen, die die objektiven Widersprüche von breiten Bevölkerungsteilen zur Monopolbourgeoisie zu einem breiten antimonopolistischen Bündnis zusammenführen. Verstärkt durch die Krise und die verschärfte zwischen-

imperialistische Konkurrenz werden im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie in ihren Grundfesten angegriffen. Wir stimmen deshalb ebenso zu, dass der demokratische Kampf heute besondere Bedeutung hat.“ [1]

Das Krisenaktionsprogramm – eine Weiterentwicklung des sogenannten 84er Papiers, das die angegriffenen Schwächen korrigiert hat – hat genau das versucht: nämlich Forderungen aufzustellen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse im ökonomischen wie im demokratischen Bereich, die angesichts der Defensivposition der Arbeiterklasse nur „äußerst schwer durchzusetzen“ seien. Neben Aufgaben des Abwehrkampfes werden aber auch Übergangsforderungen, wie z. B. nach einem „kostenlosen Gesundheitssystem, das nicht dem Profit unterworfen ist“, propagiert. Wie Steigerwald betonen die Verfasser des Krisenaktionsprogramms den engen Zusammenhang von Reform und Revolution. *„Alle Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse bleiben perspektivlos ohne gesellschaftliche Alternativen“ [2].* Man kann also nicht sagen, dass hier direkt und allein auf den Sozialismus orientiert wird.

Der Kampf um Demokratie muss heute vor allem gegen die Macht der Monopole, die sich den Staatsapparat weitgehend untergeordnet haben, und ihre die bürgerliche Demokratie zerstörende Politik geführt werden. Brenners Aussage auf der Theoretischen Konferenz *„Die antimonopolistische Strategie der DKP – nie war sie so wichtig und richtig wie heute“* stimme ich zu.

Differenz: Antimonopolistische Demokratie als Etappe

Ob allerdings bei erfolgreicher antimonopolistischer Strategie ein spezielles Stadium der antimonopolistischen Demokratie eintritt – das bezweifeln die drei Genossen meiner Meinung nach mit Recht. Und so steht auch im Programm: *„(...) kann in antimonopolistische Übergänge einmünden“ [3].* (Hervorhebung – R.M)

Auch 1973 formulierten Willi Gerns und Robert Steigerwald in diesem Sinn: *„Es geht (...) bei der antimonopolistischen Demokratie um eine Möglichkeit auf dem Weg zum Sozialismus, ausge-*

hend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, jedoch nicht um eine historisch unvermeidliche Gesetzmäßigkeit. (...) Die DKP unterscheidet also zwischen der Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes und der Möglichkeit der Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus“ [4].

Die Formulierung im Programm von 2006, *„(...) dass die antimonopolistische und sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind“ [5],* ist mindestens ergänzungsbedürftig: es muss gleichzeitig der notwendige *revolutionäre* Bruch betont werden, die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Sie ist die unerlässliche Voraussetzung, dass „tiefgreifende politische und ökonomische Umgestaltungen“ [5] eingeleitet werden können. „Produktionskontrolle“ z. B. durch eine Regierung der Einheits- oder Volksfront (Dimitroff s. u.) bedeutet noch kein gesellschaftliches Eigentum und noch keine Planwirtschaft, kann aber ansatzweise sichern, was und wie produziert wird. Kontrolle über die Banken ist noch keine Enteignung, kann aber z. B. Abfluss des Kapitals ins Ausland verhindern (ein Problem der Volksfront in Frankreich z. B.).

„Aus unserer Sicht ist die Vorstellung einer antimonopolistischen Demokratie – verstanden als Stadium der „Doppelherrschaft“ – allenfalls denkbar als kurzer „Übergangsmoment in der Entwicklung der Revolution“, in dem sich bereits im Keim ein neuer, revolutionärer Staatsapparat herausgebildet haben muss“, so zusammenfassend Blach u. a. [6].

Differenz: Machtfrage deutlich benennen

Ein „einheitlicher und permanenter revolutionärer Prozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ [5] fand in Frankreich und Spanien leider nicht statt: die Volksfront in beiden Ländern scheiterte bzw. erlitt eine Niederlage. Die Machtfrage war noch nicht entschieden. Bei der Darstellung von Übergangsphasen im Programm von 2006 („Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt“ oder der „antimonopolistische Demokratie“) fehlen ein-

deutige Formulierungen, welche Klasse die Macht inne hat. Diese tauchen an anderen Programmstellen auf, aber sie begünstigen Passagen vom „sozial-ökologischen“ Umbau des Kapitalismus und der Vorstellung eines legalen, friedlichen Übergangs zum Sozialismus.

Steigerwald und Brenner stützen sich bei ihrer Argumentation u. a. auf Dimitroff und Mao Zedong – meiner Meinung nach zu Unrecht. Denn die Regierung der Einheits- und Volksfront, die Dimitroff anspricht, ist von der Etappe der „neuen Demokratie“ (Mao Ze dong) zu unterscheiden. Die letztere, die *revolutionär-demokratische Diktatur* des Proletariats und der Bauernschaft erfordert als Machtgrundlage, dass sie sich auf bewaffnete Kräfte im Volk stützen kann. Eine Einheits- oder Volksfrontregierung jedoch muss sich das erst erkämpfen – bei Strafe des Untergangs, wie in Frankreich oder Chile.

Dimitroff forderte auf dem VII. Weltkongress von einer Volksfrontregierung, „dass sie bestimmte, der Situation entsprechende revolutionäre Grundforderungen verwirklicht, so z. B. Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.“ [7]. Diese Maßnahmen sind unerlässlich, wenn der Staatsapparat noch von der Bourgeoisie beherrscht wird. Insbesondere die Bewaffnung der Bevölkerung. Es war der verhängnisvolle Fehler der Allende-Regierung, darauf zu vertrauen, dass die Armee treu zur Regierung stehen werde, und an der bürgerlichen Legalität festzuhalten. Allende und viele kämpfende Arbeiter und andere Werktätige bezahlten das mit ihrem Leben und das ganze chilenische Volk mit der Herrschaft einer faschistischen Diktatur.

Dimitroff spricht von einer „Regierung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus“, die nur dann möglich sei, „wenn der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits desorganisiert und paralyisiert“ ist. Wenn dies nicht der Fall ist und das Kräfteverhältnis die obigen Maßnahmen noch nicht erlaubt, ist die Gefahr der Niederlage groß, wie es bei der Volksfrontregierung in Frankreich 1938 der Fall war.

Anders bei der sogenannten „neuen Demokratie“ oder bei den Volksdemo-



kratien in Osteuropa nach 1945. Der Revolution in China folgte von 1949–1953 die Phase der „neuen Demokratie“. In der DDR dauerte die Phase der antifaschistischen Umwälzung von 1945 bis 1952, ähnlich war es in den „Volksdemokratien“ Osteuropas. Auch in Kuba wurde die sozialistische Republik nicht 1959 mit dem Sieg über das Batista-Regime, sondern erst 1961 ausgerufen. Das waren noch keine sozialistischen Staaten, aber es war schon kein Kapitalismus in der bisherigen Form mehr.

Brenner meint nun, die Machtfrage sei bei dieser Phase revolutionärer Demokratien noch nicht endgültig entschieden, der revolutionäre Bruch sei noch nicht vollzogen worden [8]. Wirklich?

Bei all diesen Prozessen war die Machtfrage insofern entschieden, als durch die chinesische Volksbefreiungsarmee bzw. die Rote Armee, die Guerilla um Fidel Castro die Kräfte der Reaktion besiegt am Boden lagen. Die Frage „Wer – Wen“ war zwar noch nicht „endgültig“ geklärt, da der Übergang zum Sozialismus noch nicht vollzogen war. Aber das gilt auch für den Sozialismus selbst, er ist nicht unumkehrbar, wie sich gezeigt hat – das gilt erst im Kommunismus.

Antimonopolistische Strategie in den *Politischen Thesen* aufgegeben

Das Proletariat kann sich nicht an die Macht schleichen – Steigerwald weist hier auf Engels hin. In den *Politischen Thesen* jedoch wird die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs nicht thematisiert. Ihr anti-neoliberaler Block hat nichts mit einer Volksfront-Regierung zu tun. Die Thesenschreiber beleben die Wirtschaftsdemokratie-Doktrin der 1920er Jahre wieder, schaffen Illusionen über den Klassencharakter des bürgerlichen Staatsapparats und ignorieren dessen Unterdrückungspotenzial. Die Notwendigkeit der Zerschlagung des alten Unterdrückungsapparats wird von ihnen nicht erkannt. Deshalb scheint es uns geboten, dass eindeutig erklärt wird, welche Klasse in der jeweiligen Phase die Staatsmacht in den Händen hält.

„Erst nachdem die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entschieden ist, das heißt, der bürgerliche Staatsapparat revolutionär durch einen neuen, proletarischen Staat ersetzt wurde, kann auch die ökonomische Macht der Bourgeoisie gebrochen werden“ [9].

Quellen und Anmerkungen:

- [1] UZ vom 23.9.11 und T&P 26
- [2] Krisenaktionsprogramm
s. <http://www.tundp.info>
- [3] Programm der DKP 2006, S. 32
- [4] Willi Gerns, Robert Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt a. M.: Verlag Marxistische Blätter, 1973, S. 57f.
- [5] Programm der DKP 2006, S. 32
- [6] Blach u. a., T&P 25
- [7] Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (2. August 1935) in: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 523ff.
- [8] Hans-Peter Brenner, Referat
(vgl. in diesem Heft S. 7)
- [9] Blach u. a., T&P 26



Renate Münder

FORDERUNGEN IM ZEICHEN DER KRISE

Das Bekenntnis zu einer antimonopolistischen Strategie enthebt uns nicht der Aufgabe, immer wieder anhand der aktuellen Klassenauseinandersetzungen die konkreten, aktuell richtigen (Übergangs-)Forderungen festzulegen.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der Banken erfreut sich allgemein großer Beliebtheit, von Attac und der Occupy-Bewegung bis hin zur DKP. Wir müssen jedoch berücksichtigen, dass dabei den meisten Menschen der Unterschied zur Verstaatlichung nicht klar ist. Wir kommen um die Aufgabe nicht herum, eindeutig zu erklären, dass Verstaatlichung der Banken im Monopolkapitalismus nur Vergesellschaftung der Verluste ist und dass Vergesellschaftung nicht per Regierungsbeschluss bei entsprechenden

Mehrheiten zu erhalten ist. Wo ist die Kraft zur Enteignung der Monopole (ein Wort, das in den *Politischen Thesen* nicht vorkommt), zur Produktionskontrolle, zur Abwehr der bewaffneten Abteilungen des bürgerlichen Staats, die schließlich das Eigentum an den Produktionsmitteln sichern sollen? Im Krisenaktionsprogramm [1], dem überarbeiteten 84er Papier, haben wir dazu gesagt:

„Der Finanzsektor besitzt eine hohe strategische Bedeutung für das ganze kapitalistische System. Durch die Krise hat die Forderung nach Verstaatlichung der Banken eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen. Doch solange der Kapitalismus herrscht, sind alle Banken bei Strafe des Untergangs den Gesetzen der kapitalistischen Ökono-

mie und der Konkurrenz unterworfen – die Kapitaleigenschaft des Bankkapitals wird auch durch die Verwandlung in Staatseigentum nicht aufgehoben. Diese Forderung in der aktuellen Situation an den kapitalistischen Staat zu stellen, schürt nur Illusionen in seine Überparteilichkeit.

Eine Vergesellschaftung der Banken mit demokratischer Kontrolle setzt mindestens ein Klassengleichgewicht zwischen der Bourgeoisie auf der einen Seite und dem Proletariat mit seinen Bündnispartnern auf der anderen Seite voraus. Denn eine Vergesellschaftung des Bankensektors wäre nichts weniger als die Entmachtung des Finanzkapitals. Dieses wird seine Enteignung mit allen Mitteln zu verhindern wissen, d. h. mit dem Einsatz von Polizei und

Armee. In revolutionären Zeiten allerdings kann die Forderung mobilisierende Wirkung haben, kann sie die Perspektive für den Sozialismus öffnen helfen. Die Vergesellschaftung des Bankensektors setzt eine weitgehende Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner voraus, manifestiert z. B. in Form einer Einheits- oder Volksfrontregierung bzw. einer Regierung, die ein antimonopolistisches Bündnisrepräsentiert. Langfristig kann erst der Sozialismus diesen Schritt sichern.“

Eine demensprechende Forderung heißt „*Enteignet Banken und Konzerne!*“, die andeutet, welcher Kämpfe es bedarf. „*Brecht die Macht der Banken und Konzerne!*“ geht in die gleiche Richtung, sie ist zwar griffiger, lässt aber die Eigentumsfrage außen vor.

Als Kommunisten unterstützen wir die Kämpfe der Massen für Reformforderungen, selbst dann, wenn diese in dem Sinne illusionär sind, dass sie im Kapitalismus überhaupt nicht oder nicht voll verwirklicht werden können (z. B. „*Arbeit für alle!*“). Es kann auch die Aufgabe von Kommunisten sein, dort, wo Kollegen bereits kämpfen, für ihre Bestrebungen packende Losungen

zu finden – niemals aber kann es unsere Aufgabe sein, Forderungen am grünen Tisch auszudenken, wenn die Massen nicht kämpfen. Unsere Forderungen müssen sich daran orientieren, ob die Massen bereit sind, für sie zu kämpfen.

Ob das nun Forderungen nach Kapitalverkehrskontrollen, Schuldenschnitt, das Verbot von Leerverkäufen, Risikospekulationsgeschäften oder generell von Derivaten oder nach Aussetzung der Zinszahlungen an die Banken sein können, müssen wir erst untersuchen, d. h. die Resonanz prüfen, denn die vorhandene moralische Empörung reicht nicht. Sicherlich mobilisierbar wäre die Arbeiterklasse für die Forderung nach einer Reichen- oder Millionärssteuer. Auch eine höhere Besteuerung der Banken und Konzerne ist mehrheitsfähig. In Betrieb und Gewerkschaft sollten wir unbedingt aktiv die Forderungen nach einem gesetzlichen Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, einem gesetzlichen Mindestlohn und der Rente mit 60 vertreten. Das sind Forderungen, mit denen es gelingen könnte, den Opportunismus in den Gewerkschaften zu durchbrechen, so dass diese zu Kampfaktionen aufrufen müssten. Schließlich gehören der sofortige Abzug der Bundeswehr aus dem Aus-

land und die Kürzungen der Militärausgaben zu den Forderungen mit hoher Priorität. All das würde aber mehr als die bloße Aufstellung der Forderungen verlangen, hieße, Kampagnen durchzuführen mit dem ernsthaften Ziel der Durchsetzung.

Es geht eben nicht um einen ganzen Forderungskatalog, sondern um Schwerpunkte für die Agitation und Propaganda, für die praktische Arbeit. Die Bedeutung des Kampfes für diese Forderungen besteht vor allem im Zusammenschluss zur Klasse – was zugleich die Voraussetzung ist, um im Abwehrkampf endlich auch Erfolge zu erzielen – und perspektivisch in der Erhöhung des Organisationsgrades und des Bewusstseins der Arbeiterklasse bis zu einem Stand, auf dem sie tatsächlich die Machtfrage stellen kann.

[1] Krisenaktionsprogramm
s. <http://www.tundp.info>



Andreas Wehr

WIDERSTAND VOR ORT

Auch die Linke treibt die Sorge um den Euro um. Zur Bewältigung seiner Krise macht sie unterschiedlichste Vorschläge. Sie reichen von Euro-Bonds über eine Banklizenz für den Rettungsfonds, einen Marshallplan bzw. ein Zukunftsinvestitionsprogramm für den sozialen und ökologischen Umbau, einem europaweiten Schuldenschnitt bis hin zu Lohnerhöhungen in den kerneuropäischen Ländern.

Klassenkampf von oben

Doch welche Forderung ist richtig und vor allem durchsetzbar? Halten wir uns zur Beantwortung dieser Frage an die Aussagen des Klassegegners. In dankenswerter Klarheit hat der Chefvolkswirt der Allianz, Michael Heise, die Absichten des Finanzkapitals dargelegt:

„Die Lösung der Krise geschieht in den betroffenen Ländern selbst – durch Reformen, die nicht allein auf Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen zielen, sondern auch Wachstumseffekte haben: Privatisierungen, effiziente Verwaltungen, funktionsfähige Arbeitsmärkte. (...) Es kommt darauf an, den Käuferstreik der privaten Investoren aufzubrechen und Euro-Anleihen für sie wieder attraktiver zu machen.“ (FAZ vom 28. 11. 2011). Das Finanzkapital versucht demnach durch „Käuferstreik“, also mit untragbar hohen Renditeforderungen für Staatsanleihen, bessere Bedingungen für sich herauszuschlagen. Die Ausbeutungsraten in den Defizitländern müssen erst einmal deutlich steigen, bevor es sich wieder zur Kreditvergabe herablässt. So sollen Verluste wettgemacht werden, die die Finanzindustrie in der Krise erlitten hat.

Es geht also um Klassenkampf und der wird bekanntlich auf der Straße und in den Betrieben ausgefochten. Jeder erfolgreiche Generalstreik, jede verhinderte Privatisierung, jede unmöglich gemachte Zerschlagung einer sozialen Einrichtung in Griechenland, Portugal oder Irland streut Sand in das neoliberale Getriebe und erschwert so die „Lösung der Krise“ im Sinne des übrigen Finanzkapitals.

Doch selbst ein erfolgreicher „Käuferstreik“ der „privaten Investoren“ ist nicht ohne Risiko. Ein massiv unter Druck gesetztes Land könnte ja kurzerhand den Spieß umdrehen und sich für zahlungsunfähig erklären – wie es bereits Argentinien, Uruguay und weitere Länder getan haben. Genau das wollen die Bourgeoisien der Defizitländer, wie



auch die im Kerneuropa, unbedingt verhindern, müssten doch dann Banken und Versicherungen enorme Kreditausfälle hinnehmen. Der „Käuferstreik“ kann aber nur durchgehalten werden, wenn für die täglichen Zahlungsverpflichtungen wie auch für Zinsen und Tilgungen der alten Bankkredite der „bestreikten“ Länder andere einspringen. Und genau diese Aufgabe übernehmen gegenwärtig die übrigen Euro-Staaten, indem sie zunächst ein Rettungspaket für Griechenland schnürten und dann einen Rettungsschirm für die ganze Euro-Zone schufen, der die Zahlungsfähigkeit von Irland und Portugal sichert. Auf diese Weise soll Zeit gewonnen werden, bis diese Länder so zugerichtet sind, wie es sich das Kapital wünscht, um anschließend wieder attraktiv für die Finanzmärkte zu sein. Diesem Zweck dienen die Verpflichtungen, die Griechenland, Irland und Portugal für die gewährten Rettungspakete in Memoranden eingegangen sind. Sie sehen einen kompletten neoliberalen Umbau dieser Gesellschaften in kürzester Zeit vor. Mit dem Euro-Plus-Pakt, der europäischen Wirtschaftsregierung und der Fiskalunion sollen diese Maßnahmen nun auf alle Euro-Länder und sogar auf die gesamte EU dauerhaft ausgeweitet werden.

Welche Antworten kann die Linke darauf geben? So richtig Forderungen

nach einem radikalen Schuldenschnitt in der gesamten Eurozone, nach einer EU-weiten Vermögensabgabe oder gar nach einer Vergesellschaftung der Banken sind, so schwierig sind sie angesichts der gegebenen Machtverhältnisse in der EU durchsetzbar.

Brüsseler Diktat abwehren

Aussichtsreicher ist hingegen der Widerstand in den unter Druck des Finanzkapitals stehenden Defizitländern. Nur dort vor Ort kann der brutale neoliberale Umbau vereitelt werden. Die Chancen dafür stehen nicht einmal schlecht, denn mit der von Brüssel diktierten Kürzungspolitik bleiben die erhofften Wachstumseffekte überall aus: Für Griechenland, Portugal und Irland wird für 2012 erneut mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet. So bleibt am Ende nur die Streichung eines erheblichen Teils der Staatsschulden, was eine herbe Niederlage für das Finanzkapital bedeuten würde. Mit der im Oktober 2011 beschlossenen Gläubigerbeteiligung an der Entschuldung Griechenlands wurde ein erster, wenn auch noch völlig unzureichender Schritt in diese Richtung getan. Umso fataler ist es, dass auf dem EU-Ratsgipfel Anfang November diese Maßnahme als „einmalige Ausnahme“ bezeichnet und damit als für Portugal und Irland nicht anwendbar erklärt wurde.

Wichtigste Aufgabe der Linken in Kerneuropa ist es zu verhindern, dass der erpresserische Druck des Finanzkapitals aufrechterhalten werden kann, indem den Banken ihre unsicheren Forderungen in den Defizitländern durch europäische Rettungsschirme oder gar Euro-Bonds garantiert werden. Mit den Rettungsschirmen verbunden sind die von Brüssel diktierten neoliberalen Umbauprogramme. Die Defizitländer haben durch sie die Kontrolle über ihre Budgets verloren. Nur wenn sie diese Programme abwerfen und zugleich ihre Staatsschulden erheblich zusammenstreichen, können sie ihre Finanzsouveränität wiedererlangen und damit ihre Demokratien retten.

Wir danken dem Autor für die Genehmigung zum Abdruck des Artikels, der am 27. 12. 2011 in der jW veröffentlicht wurde.

Von Andreas Wehr erschien im Oktober 2011 im PapyRossa Verlag die zweite, erweiterte Auflage seines Buches „Griechenland, die Krise und der Euro“. Mehr unter andreas-wehr.eu



*Frank Bochow**

PORTUGALS KOMMUNISTEN WIDERSETZEN SICH DEM DIKTAT DER „TROIKA“

Der als Eurokrise bezeichnete aktuelle Ausbruch der Widersprüche des kapitalistischen Systems hat besonders in den von seinen Folgen betroffenen Ländern zu beträchtlichem Widerstand gegen die Ausplünderung der Mehrheit der Bevölkerung durch die internationalen und nationalen Monopole geführt. In Portugal ist der Widerstand gegen das aufgezwungene Sparpaket, das drastische Kürzungen bei Löhnen, Renten und Gehältern, einschneidende Beschränkungen der noch vorhandenen Arbeiterrechte und insgesamt eine spürbare Absenkung des Lebensstandards vorsieht, beachtlich.

Am 24. November 2011 legte der größte Generalstreik der portugiesischen Geschichte fast das ganze Land für einen Tag lahm. Tage vorher hatten sich Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in einer Demonstration mit Nachdruck dem „Sparprogramm“ der Regierung widersetzt. Selbst große Teile der katholischen Kirche, in Portugal eher ein Hort der Reaktion, befürchten, dass die „dunklen Spiele des Kapitals die Demokratie gefährden“. In all diesen Kämpfen nimmt die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) einen herausragenden Platz ein. Er ergibt sich auch aus der Tradition

und den Erfahrungen ihrer 90-jährigen Geschichte.

Verankerung in den Volksbewegungen

Die PCP war die einzige politische Partei, die ihre Tätigkeit in der Zeit der Diktatur nie eingestellt hatte. Sie verfügte mit dem 1965 von Alvaro Cunhal ausgearbeiteten und vom Parteitag bestätigten Programm „Weg zum Sieg“ über eine profunde marxistische Analyse und darauf aufbauende Strategie und Taktik, die mit dem Sturz des faschistischen Regimes und dem Aufbau einer

demokratischen Gesellschaft glänzend bestätigt wurde. An der Formierung der einheitlichen und nach wie vor einflussreichsten Gewerkschaftszentrale CGTP/Intersindical im Jahr 1970 waren kommunistische Gewerkschafter maßgeblich beteiligt. Kommunisten nutzten alle halblegalen und legalen Möglichkeiten und waren überall vertreten: in örtlichen Vereinen, Künstler- und Wissenschaftsverbänden, es gab sie auch im Militär und bei der Polizei. Sie gehörten zu den Mitbegründern des portugiesischen Friedensrates, des Frauenverbandes und vieler anderer. Und das ist bis heute so.

Diese Verankerung in den Volksbewegungen ist ein wesentliches Merkmal der Portugiesischen Kommunistischen Partei. Hinzu kommt, dass ihre Funktionäre ständig an der Basis sind. Es gibt kein Wochenende, an dem nicht der Generalsekretär und andere leitende Funktionäre auf Versammlungen, Kundgebungen, örtlichen Festen auftreten und die Politik der Partei erläutern. Die Partei nutzt die Volksvertretungen (u. a. 15 Abgeordnete in der Nationalversammlung) als Tribüne zur Entlarvung der Politik der kapitalhörigen Regierungen und zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen. Den Kampf auf der Straße und in den Betrieben betrachtet die PCP jedoch als das Hauptfeld ihres Wirkens. Sie steht entschlossen an der Seite der Arbeiter und Angestellten bei der Verteidigung ihrer schwer erkämpften Rechte, ihre Mitglieder sind überall zu finden, wo es um den Schutz der Lebensinteressen des Volkes geht.

Die PCP und die Europäische Union

Die PCP hatte stets eine klare Analyse der Europäischen Union als Instrument des Monopolkapitals zur Sicherung seiner Macht gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Für Portugal kam hinzu, dass wesentliche Errungenschaften der Aprilrevolution auch mit Hilfe des westeuropäischen Imperialismus eingeschränkt werden sollten. Es war die „Sozialistische Internationale“ (SI), die 1975 auf Initiative von Willy Brandt und Olof Palme ein „Solidaritätskomitee“ mit Portugal gebildet hatte, um einer „kommunistischen Machtübernahme zu begegnen“. Die SI setzte beträchtliche Mittel ein, um einen anti-kapitalistischen Entwicklungsweg, den

die portugiesische Revolution eingeschlagen hatte, zu verhindern.

Im Vergleich zu den europäischen Hauptmächten war die portugiesische Wirtschaft unterentwickelt. Der ungehinderte Export von Kapital, Dienstleistungen und Gütern der entwickelten kapitalistischen Staaten Europas nach Portugal konnte keinesfalls zur Entwicklung einer eigenständigen portugiesischen Industrie und produktiven Landwirtschaft führen. Und so ist es auch gekommen. Portugal blieb das am wenigsten entwickelte Land der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft. Die PCP kämpfte entschieden gegen den Beitritt zur EG 1986, den sie jedoch ebenso wenig verhindern konnte wie den Beitritt zur Eurozone.

Entschieden verurteilt die PCP die jetzt geplante Übertragung von Entscheidungen an supranationale Organe der EU und damit die weitere Beschneidung der nationalen Souveränität Portugals. Im Klartext bedeuten die aktuellen Beschlüsse der EU und der Eurogruppe, dass praktisch nicht mehr in Portugal selbst über das nationale Budget sowie über grundlegende Fragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts entschieden werden kann. Im aktuellen Parteiprogramm von 1988 (1992 überarbeitet), heißt es zur EU: „Die politische, wirtschaftliche, militärische und sicherheitspolitische Integration, die Portugal grundlegender Hebel seiner Unabhängigkeit und Souveränität beraubt und es somit den transnationalen Konzernen der dominierenden Länder ausliefert, ist unannehmbar und muss bekämpft werden.“ Ein sofortiger Austritt aus der EU wird nicht formuliert, jegliche militärische Integration wird jedoch abgelehnt und eine allmähliche Herauslösung aus den militärischen Strukturen der NATO verlangt.

In der aktuellen Situation fordert die PCP als Sofortmaßnahme eine Neuverhandlung der Auslandsschulden, Investitionen in die nationale Wirtschaft und eine Absage an die Forderung, die Schulden bis 2013 auf fünf Prozent zu senken.

Die PCP und ihre Bündnispolitik

Die PCP war und ist immer zu Vereinbarungen bereit, wenn dabei ihre selbstständige Rolle und ihre grundlegenden Positionen nicht in Frage gestellt wer-

den und diese den Interessen der arbeitenden Menschen dienen. So arbeiten in den Gewerkschaften Kommunisten, Sozialisten und Christen Seite an Seite in den verschiedensten Leitungsorganen. Gleiches gilt für die Friedensbewegung und andere gesellschaftliche Organisationen. Wenn es den Interessen des Volkes dient, bemüht sich die PCP auch im Parlament um Übereinstimmung mit anderen politischen Parteien, insbesondere dem „Linksblock“, einer 1999 aus verschiedenen linksradikalen und trotzkistischen Bewegungen gebildeten Partei, die von den bürgerlichen Medien als Gegengewicht zur PCP zeitweise stark gehoft wurde. Die bislang steigende Wählerzahl des „Linksblocks“ erhielt allerdings bei den jüngsten vorgezogenen Parlamentswahlen einen beträchtlichen Dämpfer (von 18 auf acht Abgeordnete, PCP 16 Abgeordnete).

Im Unterschied zu manch anderer kommunistischer Partei hat sich die PCP aber nie von ihren Traditionen getrennt. Sie betont bewusst ihre Rolle als „Partei der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten“, bekennt sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage, die schöpferisch auf die konkreten Bedingungen anzuwenden ist, und besteht auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus als Leitungsprinzip der Partei. Probleme werden lange und in großer Breite diskutiert, danach gefasste Beschlüsse der Partei sind von allen einzuhalten.

Revisionistischer Angriff abgewehrt

Auch in Portugal blieben die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu diesen Fragen nicht aus. Einige, auch führende Genossen, versuchten die obengenannten Prinzipien aufzuweichen. Es gab dazu in den Jahren 1987–1994 und 1997–2004 zum Teil heftige Auseinandersetzungen. Die Diskussionen waren ähnlich denen in anderen kommunistischen Parteien. Die Partei müsse sich gegenüber den Sozialdemokraten konzilianter zeigen, auf den Begriff „Marxismus-Leninismus“ könne man verzichten, auch der „demokratische Zentralismus“ müsse durch eine „offenere Diskussionsmöglichkeit“ ersetzt werden. Die Mehrheit der Partei, vor allem an der Basis und im Kommunistischen Jugendverband, hat diese Positionen zurückgewiesen.



Ein Teil derer, die sie vertraten, hat die PCP verlassen, einige wurden auch ausgeschlossen. Von den „Dissidenten“ sind einige zum „Linksblock“ oder zur Sozialistischen Partei gegangen, andere haben eine Plattform „Kommunistische Erneuerung“ gebildet, deren Vertreter zuweilen mit heftigen Angriffen auf die PCP in Erscheinung traten.

Die Portugiesische Kommunistische Partei ist aus dem Leben Portugals nicht wegzudenken. Alvaro Cunhal, von 1961 bis 1992 Generalsekretär der PCP, wird auch heute noch als her-

ausragende Persönlichkeit Portugals verehrt. Sein Vermächtnis wird von der jungen Generation der portugiesischen Kommunisten liebevoll bewahrt, seine umfangreichen wissenschaftlichen und künstlerischen Publikationen sind wichtiger Bestandteil der ideologischen Arbeit der Partei.

Die Schlussfolgerungen des außerordentlichen Parteitags 1990 nach der Niederlage des Sozialismus in Europa gipfelten in den einfachen Worten: „Wir waren, sind und bleiben Kommunisten!“

* F. Bochow war von 1977 bis 1981 Botschafter der DDR in Portugal



Der Krieg rückt näher. Angela Merkel hält in ihrer Regierungserklärung vom 26. 10. 2011 einen Krieg in Europa für möglich: „Gestatten Sie mir angesichts der Lage – nicht nur der ökonomischen Lage wegen der Schuldenkrise, sondern auch der politischen Lage in einzelnen Staaten Europas – zum Schluss ein persönliches Wort. Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“

Angesichts dessen wollten wir wissen, wie die beiden größten Gewerkschaften, ver.di und IGM, zu Bundeswehreinsätzen und Rüstung stehen.

Renate Münder

EINE FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Truppen in Afghanistan sofort abzuziehen.“ „Angenommen“ beschlossen die Delegierten des Bundeskongresses von ver.di im November 2011. Beim Antrag 224 jedoch gingen in einer stundenlangen Debatte die Wogen hoch, obwohl er von der Antragskommission zur Annahme empfohlen worden war: „ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ab. ver.di setzt sich dafür ein,

- dass sich die BRD nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt,
- dass Angehörige der Bundeswehr nicht in Kriegsgebieten eingesetzt werden,
- dass der Rückzug der Bundeswehr aus allen aktuellen Kriegsgebieten, in denen sie im Einsatz ist, umgehend erfolgt...“ [1]

Ausgerechnet der Antragsteller von der ver.di-Jugend München brachte einen Änderungsantrag ein: „ver.di setzt sich dafür ein, dass sich die Bundeswehr nur

an Einsätzen beteiligt, die mit einem UNO-Mandat ausgestattet sind. Darüber hinaus muss eine demokratische Kontrolle der Streitkräfte gewährleistet sein. Die Bundeswehr muss eine Parlamentsarmee bleiben.“

Wer dahinter steckte, wurde schnell klar. Vertreter der Fachgruppe Bundeswehr gingen mächtig in die Bütt. Die Bundeswehr sei der größte Arbeitgeber in der BRD, die Kolleginnen und Kollegen dürfe man nicht der Konkurrenz, d. h. dem Beamtenbund, dem Deutschen Bundeswehrverband oder den christlichen Gewerkschaften überlassen. (Dementsprechend müsste ver.di auch für die BILD-Zeitung sein, weil die Gewerkschaft bei dem Lügenblatt Mitglieder hat!)

Es wurden überzeugende Gegenargumente vorgebracht. Der Antragsteller bekam Zweifel an der Richtigkeit seines Tuns. Er zog seinen Antrag zurück. Doch jetzt ging die Auseinandersetzung erst richtig los.

Abschaffung der Bundeswehr – zu „fundamentalistisch“

Der Bundesvorstand griff ein. ver.di wolle eine demokratische Armee, der Bundestag müsse über ihren Einsatz entscheiden, das sei eine der Friedensdividenden. „In Demokratien muss eine bewaffnete Armee schließlich kritisch begleitet werden.“ Dann zeigte sich, was diese „Begleitung“ wert ist: Einen Antrag, dass sich die Bundeswehr an keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligen solle, galt es nach Vorstandsmeinung zu verhindern. Delegierte verteidigten den ursprünglichen Antrag, die Sache drohte zu kippen, eine Mehrheit für den ursprünglichen Antrag schien möglich.

Höchste Zeit, dass der Vorsitzende sein Gewicht zur Geltung brachte. Frank Bsirske zog alle Register: Wenn „überhaupt nichts mehr kriegerisch laufen darf, werfe das die Frage auf, warum wir dann noch eine Bundeswehr brauchen. Für Einsätze im Innern,

liebe Kolleginnen und Kollegen? (Beifall) Das ist ja wohl nicht unser Ernst. Ich bin entschieden dagegen, dass die Bundeswehr Polizeiaufgaben im Innern übernimmt. Also ein Einsatz im Innern unter gar keinen Bedingungen. (Beifall) Wenn sie aber weder im Innern eingesetzt werden darf noch Kriege führen darf noch an kriegerischen Einsätzen teilnehmen soll, wozu brauchen wir dann noch eine Bundeswehr?“ so Bsirske. Und weiter: „sich apodiktisch, fundamentalistisch aus der Verantwortung, aus der Gemeinschaft der Nationen herauszuziehen, egal, was woanders passiert, und die Organisierung der Soldaten und der Zivilbeschäftigten anschließend anderen zu überlassen (...) das ist entschieden gegen unsere Interessen, Kolleginnen und Kollegen. Er ist schädlich und schießt über das Ziel entschieden hinaus.“ (Beifall)

Blauhelmeinsätze als Einfallstor

Bsirske führt als Beispiel für einen zu verhindernden Völkermord Ruanda an: „WiewollenwirunpositionierenzuBlauhelmeinsätzen, Ja oder Nein? (...) Wir haben kritisiert, dass die internationale Gemeinschaft aufgrund unterschiedlichster Interessenlagen, sehr massiver wirtschaftlicher Interessenlagen, zugeschaut hat, dass Hunderttausende von Menschen abgeschlachtet worden sind. Gehen wir da als Gemeinschaft der Vereinten Nationen, wenn es dort zu einem Beschluss kommt, das nicht hinzunehmen und den Völkermord zu verhindern, mit in die Verantwortung, Ja oder Nein? Ich finde, wir haben aus unserer Geschichte eine Verantwortung dafür, Völkermord zu verhindern, Kolleginnen und Kollegen.“ (Beifall)

Und dann bringt der Kollege Jürgen Hohmann, Vorsitzender des ver.di-Landesvorstands Niedersachsen-Bremen, den Vergleich mit Auschwitz, ein Vergleich, mit dem Joschka Fischer die Grünen für den verbrecherischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien gewann: „Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir alle würden hier heute nicht sitzen, wenn es nicht eine Interventionsarmee gegeben hätte, die den Faschismus aus dem Land gejagt hat. (Beifall) Wie viele Antifaschisten, wie viele Gewerkschafter haben auf der Seite der Alliierten gegen die Nazis, unsere Väter und Großväter, gekämpft? Viele von denen. (...) Es gibt Notwendigkeiten auch für einen moralisch gerechtfertigten Krieg.

Das ist einer gewesen. Wir haben ihn auf deutschem Boden erlebt. Dass wir heute sagen können, es darf kein Aggressionskrieg von deutschem Boden ausgehen, das ist der Sinn gewesen: kein Aggressionskrieg, kein Überfall auf die Länder Europas, kein Ausrottungskrieg gegen die Polen, gegen die Weißrussen, gegen die Ukrainer. Kein Ausrottungskrieg, darum ging es! Es ging nicht um einen Krieg, wie ihn die Brigaden in Spanien gegen Francos Truppen geführt haben ... Lügen wir uns da nichts in die Tasche. Wir sitzen auf den Schultern dieser Menschen, die das mit ihrem Leben bezahlt haben.“

Der Durchbruch ist geschafft

Kein „Aggressionskrieg“, kein „Ausrottungskrieg“ – aber doch Krieg für einen guten Zweck. Vergeblich argumentierte ein Delegierter, dass der Krieg in Afghanistan, gegen den sich der Bundeskongress gerade ausgesprochen hatte, durch ein UNO-Mandat gedeckt ist: „Bedenkt bitte, dass ein UNO-Mandat nichts, aber auch gar nichts über den Charakter eines Krieges aussagt.“ – „Auch UNO-Mandate sind im Endeffekt Kriegsmandate“, ergänzte eine Kollegin. Weitere Delegierte betonten, dass es bei allen Militäreinsätzen letztlich um wirtschaftliche Interessen gehe. Eine vergebliche Mahnung.

Schließlich ist es gelungen, eine generelle Ablehnung von Krieg durch den ver.di-Bundeskongress zu verhindern. Ein Lehrstück in sozialdemokratisch (grüner) Demagogie – auch wenn sie nicht in vollem Umfang verfiel. Am Ende gab es nur „einige“ Gegenstimmen für den Änderungsantrag.

„ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. ver.di setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung dient. Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelm-Einsätze im Rahmen der UNO-Charta zu begrenzen.

ver.di fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch eine gesetzliche Präzisierung stoppt und damit der Initiative der Friedensbewegung ‚Aktion Aufschrei, Stoppt den Waffenhandel!‘ folgt.

ver.di ruft ihre Mitglieder auf, sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen. Dazu wird der Bundesvorstand von ver.di

beauftragt, Friedensaktivitäten zu unterstützen und bei der Organisation von Protesten gegen Krieg voranzugehen. Diese Aktivitäten gilt es mit den Gewerkschaften, ihrem Dachverband und weiteren Partnern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit abzustimmen.“

Am nächsten Tag wurde der (harmlose) Antrag 225 „Militaristische Einflüsse bekämpfen“, der gegen die Werbung der Bundeswehr an den Schulen, die Militarisierung der Hochschulen und öffentliche Gelöbnisse gerichtet war, nur als „Arbeitsmaterial an den Vorstand“ beschlossen. Und beim Antrag „Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr“ (A 230) wurde ein Änderungsantrag vorgelegt, der mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Bundeswehr begann und den ursprünglichen Antrag völlig verwässerte. Der letztere wurde dann doch beschlossen, sicherlich nicht zuletzt aufgrund der gegenwärtigen Schülerbewegung.

Kriegskurs nicht konsequent zurückgewiesen

Die Militarisierung der BRD nach innen und außen wirkt sich auf die Gewerkschaften aus. Beim letzten ver.di-Bundeskongress vor vier Jahren waren diese Abstimmungsergebnisse noch undenkbar. Sie sind zurückzuführen auf das massive Eingreifen des Bundesvorstands schon bei den Delegiertenvorbesprechungen und dann vor allem im Plenum. Besonders besorgniserregend: die Jugend hat alle Änderungsanträge des Bundesvorstands unterstützt!

Die Konsequenz für unsere Gewerkschaftsarbeit muss sein, wieder stärker die grundsätzliche Ablehnung von Krieg und Auslandseinsätzen zu thematisieren, insbesondere Argumente gegen UNO-Einsätze zu liefern. Dazu gehört eine schlüssige Argumentation, dass die Bundeswehr nicht mit der Roten Armee gleichzusetzen ist, dass ein imperialistischer Staat keinen gerechten Krieg führen kann.

Quelle

[1] Alle Anträge und Redebeiträge nach dem Protokoll des ver.di-Bundeskongresses <http://bundeskongress2011.ver.di.de/-/9hC>



WELTORDNUNGSPOLITIK DES IG METALL-VORSTANDS

Die „Einsatzfähigkeit“ der Kriegsmarine gegen die „Bedrohung des freien Warenverkehrs“ muss ebenso sichergestellt werden wie die „Exportfähigkeit“ deutscher Waffen – das kommt nicht aus der Vorstandsetage von Blohm & Voss. Es kommt auch nicht aus dem Mund eines Rüstungslobbyisten im Bundestag. Die Zitate stammen aus einer Studie vom Dezember 2010 des „Wehrpolitischen Arbeitskreises“, der beim Vorstand der IG Metall aufgehängt ist! [1] Im kernigen Vorwort, verfasst vom damaligen geschäftsführenden Vorstandsmitglied Rohde, heißt es: „Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Maschinenschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung.“ Die Studie war durch die regierungskritische Internetplattform German Foreign Policy im Oktober dieses Jahres veröffentlicht worden.

Ist das die mächtige Industriewerkschaft, die am 1. September, dem internationalen Antikriegstag, die Losung „Nie wieder Krieg!“ hochhält (die Jugend zumindest)? Wir schließen uns in der IG Metall zusammen, um unsere Existenzbedingungen wie Lohn und Arbeitszeit zu sichern. Und auch, weil es zu den Zielen unserer Organisation gehört, dass sie für „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ eintritt [2]. Dieser Auftrag der Satzung ist diktiert von der Erfahrung, die die Arbeiterklasse in zwei Weltkriegen machen musste – die von deutschem Boden ausgingen. Für Frieden und Abrüstung eintreten, das können wir mit dieser Organisation wirkungsvoller als jede Friedensdemonstration, weil wir den Rüstungskapitalisten den Saft abdrehen könnten.

EADS der Meere

In der Studie, die sich vor allem dem „militärischen Schiffbau“ widmet, favorisiert der kriegerische Arbeitskreis eine „europäische Lösung“ und ebensolche Beschaffungsprogramme. Das Ziel bestehe dabei in der Errichtung einer „gemeinsamen Basis der Rüstungsindustrie als Element der europäischen

Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Konkret werden hierunter „übergreifende Kooperationen“ der wirtschaftlich stärksten und technologisch fortgeschrittensten Waffenschmieden verstanden – etwa in Form der Herausbildung einer „EADS der Meere“ [3].

Diese Fregatten, Kreuzer und was sonst noch alles in den Köpfen des Arbeitskreises herumschwirrt, haben keinerlei Nutzen für uns. Die deutschen U-Boot-Lieferungen an Portugal und Griechenland erhöhten die Schuldenlast dieser Länder erheblich, denn ein solches Drecksding kostet einige Hundert Millionen Euro.

Der Vorstand der IG Metall macht sich natürlich Sorgen um die Arbeitsplätze – „oberste Priorität“ sagt er. Tatsächlich arbeiten etwa 40.000 Menschen in deutschen Rüstungsfabriken. Würde die Bundesregierung jedem von ihnen 50.000 Euro pro Jahr in die Hand drücken, dann könnten die Kollegen sich beispielsweise der Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs widmen oder Tauben züchten, statt Kriegsgerät zu bauen [4].

Woher die zwei Milliarden? Aus dem Verteidigungshaushalt natürlich. Der müsste lediglich um sechs Prozent, nämlich von zurzeit 31,5 Mrd. auf 29,5 Mrd. Euro gesenkt werden [4].

Ganz unkritisch übernehmen der Vorstand und sein Arbeitskreis das imperialistische „Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen“.

Manchinger Zwickmühle

Wie sich die Politik des IG Metall-Vorstands real auswirkt, zeigt das Beispiel aus einem EADS-Rüstungsbetrieb. Anfang November 2011 verließen 1700 Kollegen des militärischen Luftfahrtzentrums Manching [5] den Arbeitsplatz. Angesichts der drohenden Kürzungen rief die IG Metall zu einer Kund-

gebung gegen den „Zukunftskiller Bundeswehrreform“ auf. Ohne Zweifel, die Kollegen sehen ihre Zukunft bedroht. Von 177 Eurofightern sollen nur noch 140 beschafft werden, von 185 Tornados nur 85, von den 60 Militärtransportern A400M nur 40 usw. Alle diese Rüstungsprojekte haben etwas mit dem Werk in Manching zu tun. Ob das zukünftige unbemannte Flugsystem Talarion an den Standort kommt, ist weiter offen. Viele Kollegen sind schon längere Zeit von Kurzarbeit betroffen. Die Wartungsaufträge für die genannten Waffensysteme gehen weiter zurück.

Verteidigung der Arbeitsplätze für den Krieg?

Die Kollegen, die seit einem Jahr in der Unsicherheit leben, ob der Standort bleibt, werden mit falschen Losungen zum Kampf um ihre Arbeitsplätze mobilisiert. „Wir brauchen das Nachfolgeprogramm für die Transall, den A400M, um die Beschäftigung in der Wartung und im Engineering dauerhaft zu sichern“, rief der VK-Leiter der Versammlung vor dem Werkstor zu. Sogar ein MdB Brandl (CSU) durfte ans Mikrofon, um sich für Talarion stark zu machen: „Wenn der Talarion nicht in Manching gebaut wird, wird auf absehbare Zeit kein unbemanntes Flugzeug in Deutschland gebaut werden“, warnte er. Der Talarion sei kein normales Rüstungsprojekt [6]. Nein, so was setzen die US-Imperialisten schon mehr (oder weniger!) erfolgreich ein, um den Iran auszuspionieren. Oder um so genannte asymmetrische Kombattanten auszuschalten.

Kein Kollege kann sich aussuchen, wo er seine Arbeitskraft verkauft. Wenige nur arbeiten freiwillig in der Kriegsindustrie. Die Manchinger Kollegen werden um ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen, wie die von manroland, von NSN, von EON usw. Aber mit welchen Argumenten? Sollen sie etwa dafür kämpfen, dass der A400M an ihrem Standort wirtschaftlicher als anderswo zu warten ist?

Die Parolen der Betriebsräte und IG Metall-Redner haben eine verheerende Wirkung auf die Kollegen: „Kein Talarion, keine Zukunft. Weder für unsere Arbeitsplätze, weder für unseren Standort, weder für die militärische Luftfahrtindustrie in Deutschland.“ – „Sollten die Einsparmaßnahmen umgesetzt werden, beraubt die Politik Deutschland um zwei wesentliche Faktoren: Zum einen um hochqualifizierte Arbeitsplätze. Zum anderen um die Hochtechnologie, aus deren Vorreiterrolle sich viele andere Industriezweige bisher bedienen.“

Die richtige Forderung ist gar nicht so leicht zu finden. Sie könnte lauten: Ob mit oder ohne A400M – wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze!

Die Erfahrung lehrt, dass solche regionalen Kämpfe leider nur mäßig erfolgreich sind. Doch wenn der Kampf gut geführt wird, könnte das Ergebnis trotzdem positiv im Sinne von Marx sein: „Nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“ wäre der Fortschritt [7].

Dieser lokale Kampf in Manching hat nicht den Charakter, zu einem zentralisierten Klassenkampf beizutragen. Die Manchinger Kollegen werden auf Kriegskurs gesetzt. Manche mögen aufatmen, wenn der deutsche Imperialismus einen neuen Kriegsschauplatz eröffnet. So werden die Kollegen zu Chauvinismus erzogen. Die aufrufenden IG Metall-Funktionäre folgen der Standort-Deutschland-Logik, d. h. Zusammenarbeit mit dem Kapital. Wie es auch der Ruf nach der „EADS der Meere“ ist. Also nichts anderes, als die

Arbeiterinteressen denen des Kapitals zu opfern.

Kriege kommen nicht von den Waffen

Sollen wir den Kollegen von Cassidian nun sagen, sie sollen sich nicht die Hände schmutzig machen an diesen Drecksdingern wie dem A400M oder Talarion? Die Kriegsgefahr wäre nicht beseitigt. Und wir zögen uns bequem aus der Affäre mit unserer korrekten Ablehnung der Kriegsproduktion, nur weil wir, um entlohnt zu werden, zufällig Marmelade herstellen oder BMW. Der Krieg kommt nicht von den Waffen. Er kommt daher, weil er EADS reich macht; weil die BRD der drittgrößte Waffenexporteur ist und EADS noch reicher macht. Weil die Profite, die EADS, KraussMaffei, Siemens und Co. reich machen, nicht mehr im eigenen Land angelegt werden können.

Epilog

Auf der Website der IG Metall-Vertrauensleute bei Cassidian (jawohl, die gibt's!) ist ein Zitat von Willi Bleicher [8] zu sehen: „Was ist nötig, um Bewusstsein, um Einsatzbereitschaft zu entwickeln? Vor allem Information. Dazu gehört aber nicht nur Information über die jeweils anstehende Tarifordnung und über den Verhandlungsstand. Nein, man muss den Kollegen sagen, um welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung es sich handelt, auf welche Ursachen es beispielsweise zurückgeht, dass Arbeitsplätze, Einkommen und Berufe in Gefahr geraten.“ (Zitat aus: Willi Bleicher: Ein Leben für die Gewerkschaften, Frankfurt a. M., 1983) *Eure IG Metall Vertrauenskörperleitung*

Zugegeben, die Manchinger Kollegen haben es schwerer als jene in der Marmeladenproduktion. Aber sie müssen dieser Frage Willi Bleichers radikal nachgehen bis zur letzten Konsequenz – und die heißt Sturz des Imperialismus.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus: IG Metall Vorstand – Wirtschaft, Technologie, Umwelt: Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext. Frankfurt, Dezember 2010
- [2] Satzung der IG Metall, gültige Fassung vom 1. 1. 2008, § 2
- [3] Die European Aeronautic Defense und Space Company (EADS) ist der zweitgrößte Rüstungskonzern Europas, der von deutschem und französischem Monopolkapital dominiert wird. Der Airbus A400M, der Eurofighter und diverse Kampfhubschrauber kommen aus dieser Waffenschmiede. Der deutsche Hauptsitz ist in München-Ottobrunn
- [4] Zahlen aus: www.steinbergrecherche.com/deutschkrieger.htm
- [5] Am EADS-Standort Manching ist der Hauptsitz der Cassidian-Gruppe. Darin sind alle militärischen Flugzeugprojekte zusammengefasst.
- [6] Zitiert nach [cassidian news](http://cassidian-news.de) in: www.igmetall-cassidian.de
- [7] Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei
- [8] Willi Bleicher, 1907–1981. Kommunist, Widerstandskämpfer, KZ-Häftling. 1959–1972 Bezirksleiter IG Metall Stuttgart



Eva Niemeyer

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE VERHINDERT ABWEHRKAMPF

In T&P Nr. 25 hat sich Sepp Aigner mit der Neuauflage der *Wirtschaftsdemokratie* im gewerkschaftlichen Spektrum und insbesondere mit deren begierigem Aufgreifen bis in die Reihen der DKP kritisch auseinander gesetzt. Eine noch weit gefährlichere Seite dieser Ideologie ist jedoch, dass mit ihr die Arbeit-

terklasse an bürgerliches Denken und Handeln gebunden werden soll und die Ideologie der *Wirtschaftsdemokratie* dadurch zu einer Stütze der bürgerlichen Herrschaft wird, die die Arbeiterklasse bisher auch für den demokratisch-antifaschistischen Kampf entwaffnet hat.

Denn wie anders sonst als mit ideologischer Entwaffnung ist es möglich, dass die Bourgeoisie mit einer Minderheit von weniger als ein Prozent in der Gesellschaft die Mehrheit auch ohne unmittelbare Gewaltausübung beherrschen und gefügig machen kann? Nur so konnte es gerade auch dem



deutschen Imperialismus gelingen, auf Kosten anderer Staaten aus der Weltwirtschaftskrise weitgehend ungeschoren oder gar gestärkt hervorzugehen. Möglich wurde das u. a. durch das Stillhalten der deutschen Arbeiterklasse, die weitgehend klaglos den verschärften Raubbau an ihren Ressourcen (mehr Arbeit für weniger Geld) hinnimmt. Die Mehrheit hat diese Entwicklung bisher als unvermeidlich akzeptiert, angeblich um die Arbeitsplätze (tatsächlich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie) zu erhalten. Das war möglich nach 60 Jahren Sozialpartnerschaft und langjähriger Streikabstinenz. Die Ideologie der Standortpolitik wurde und wird von führenden Funktionären der Gewerkschaften verbreitet und vor allem praktiziert.

Angesichts der Wirtschaftskrise und einer vagen antikapitalistischen Stimmung kommt jedoch erneut die Propagierung der *Wirtschaftsdemokratie* als „Reformalternative zum herrschenden Kapitalismus“ hinzu. Obgleich als „alternative Wirtschaftsordnung“ bezeichnet, steht sie heute nicht nur verschleiert wie damals, sondern ganz offen fest auf dem Boden der herrschenden Eigentumsordnung, wie u. a. aus dem IGM-Hintergrundpapier „Gemeinsam für ein gutes Leben“ ersichtlich ist: *„Unser Wirtschaftssystem ist durch qualifizierte Belegschaften und qualitativ hochwertige Produkte erfolgreich und konkurrenzfähig. Die Rahmenbedingungen dafür: Motivierte Mitarbeiter in festen Arbeitsverhältnissen, die sich – mit Bindung an den Betrieb und der Teilhabe an den Erfolgen – mit den Unternehmenszielen identifizieren. Kreativität und Innovation können sich nicht in einem Klima von Unsicherheit und Angst entwickeln. Beides gelingt nur mit stabiler sozialer Absicherung.“*

Wenn ihr also auf dem Weltmarkt die Nummer 1 sein wollt, so die Botschaft an die deutsche Bourgeoisie, dann geht das nur, wenn ihr uns auch etwas dafür gebt – wir sorgen dann nachhaltig für Klassenfrieden.

Und so hört sich das beim IGM-Vorsitzenden Huber in einem Interview mit dem vielsagenden Titel „Marktwirtschaft ist das Mittel, Demokratie der Zweck“ an: *„Wenn die Zukunft der deutschen Wirtschaft von Können, Kreativität und der Leistungsbereitschaft des Einzelnen abhängig ist, dann kann man*

Mitsprache und Mitbestimmung nicht verweigern. Beschäftigten müssen Spielräume eröffnet werden. (...) Wir brauchen die Beteiligung der Mitarbeiter an den Unternehmen, weil wir in der Industrie vor tiefen strukturellen Veränderungen stehen, z. B. beim Thema Elektromobilität. Da muss viel investiert werden, ohne sicher sein zu können, dass sich das rentiert. Deshalb brauchen die Unternehmen geduldige Aktionäre und nicht nervöse Investoren, die von Unternehmen zu Unternehmen springen. Die Belegschaft ist ein solcher geduldiger Aktionär.“ [1]

Zahme Arbeiter statt Heuschrecken! Gewerkschaftsspitzenfunktionäre wissen, dass ihre Möglichkeiten, die Arbeiterklasse ruhig zu halten, langsam begrenzt sind und warnen, dass „der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf dem Spiel“ stehe [2]. Es ist zugleich ihr Bündnisangebot an die eigene Bourgeoisie gegen den imperialistischen Konkurrenten (denn dort kommen angeblich die meisten Heuschrecken her). Damit geht es übrigens genauso auch gemeinsam gegen die Prasser aus Griechenland, Irland oder anderswo, gemeinsam gegen die Terroristen in Afghanistan und anderswo in der Welt ...

Wirtschaftsdemokratie Mitte der zwanziger Jahre

In den 1920er Jahren wurde die *Wirtschaftsdemokratie* noch als Übergang zum Sozialismus propagiert, als Angebot an die revolutionäre Arbeiterschaft, die es heute in dieser Form nicht mehr gibt. Mitbestimmung in den Leitungsorganen der Wirtschaft sollte angeblich den Weg zum Sozialismus ebnen.

Eggert, Mitglied des Vorstandes des ADGB, formuliert diesen Gedanken auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1928 so: *„Wir Gewerkschaften müssen uns fragen, wie können wir besser kämpfen, von außen her oder durch Eindringung in die Organe der kapitalistischen Wirtschaft, in die Monopole (...) Was ist wichtiger, Massenaktionen, Straßendemonstrationen oder Eindringung in die Organe der kapitalistischen Wirtschaft?“* [3]

Die Einbeziehung von Organen der Arbeiterklasse, Partei (SPD) und Gewerkschaften (ADGB), wurde in den 1920er Jahren nicht nur von den Gewerkschaften und der SPD gefordert,

sondern offensiv von vorausschauenden Kreisen der Bourgeoisie verfochten. Hier begegneten sich die Interessen der Arbeiterelite am *Mitwirken* im bürgerlichen Staat und an der Leitung bzw. Verwaltung der staatsmonopolistischen Wirtschaft explizit mit dem Interesse der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie einzubeziehen für den Erhalt und Ausbau ihrer Herrschaft, konkret für die Einbindung der Arbeiterklasse in das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und seiner revanchistischen Welteroberungspläne. Paul Silverberg, damaliger Sprecher des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (das Pendant zum heutigen BDI), formulierte das auf einer Mitgliederversammlung am 4. 9. 1926 so: *„Wie dem aber auch sei, es muss rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, dass die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen (...), sich große Verdienste dadurch erworben haben, dass sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. (...) Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muss heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muss man den Mut zur Konsequenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die (...) deutsche Sozialdemokratie muss zur verantwortlichen Mitarbeit heran. (...) Ich glaube so, hier feststellen zu dürfen, dass das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, dass das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt und dass, darauf fußend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlussfolgerung haben, dass die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muss.“* [4]

Diese Einbeziehung in die *Mitarbeit und Mitverantwortung*, d. h. die Einbeziehung ihrer Spitzen in Partei und Gewerkschaften in die Gremien der Macht, ist damals nicht nur gelungen um vom Sozialismus abzulenken, son-

dern hat die Organe der Arbeiterklasse kampfunfähig gegen die faschistische Gefahr gemacht.

Wenige Jahre später, während der ADGB immer noch von *Wirtschaftsdemokratie* träumte und sich damit den notwendigen Übergang zum „Sozialismus“ (im sozialdemokratischen Verständnis) erhoffte, hatte die Bourgeoisie längst andere Pläne, nämlich den zweiten Anlauf des deutschen Imperialismus zur Neuaufteilung der Welt abzusichern. Hierzu benötigte sie die Sozialdemokratie nicht. Und schnell war Schluss mit jeder *Wirtschaftsdemokratie*.

Es gab in der damaligen Sozialdemokratie keine Funktionäre, die die ihr zugewiesene Rolle erkannten und gewissermaßen aus rein taktischen Gründen mitspielten. Die ideologische Verblendung, gründend in der Entstehung und zunehmenden gesellschaftlichen Verankerung der Arbeiteraristokratie um die Jahrhundertwende und erwachsen aus dem Revisionismus der marxistischen Theorie hin zum Refor-

mismus, d. h. der Vorstellung einer schrittweisen Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung zu einer sozialistischen, quasi im Einvernehmen mit der Bourgeoisie und vor allem im Kampf gegen den Bolschewismus, machte es der Sozialdemokratie unmöglich, die ihr zugewiesene (zeitweilige) Funktion zu durchschauen.

Auch heute trifft die Bourgeoisie bereits wieder Vorkehrungen, um die Arbeiterklasse notfalls mit Gewalt niederzuhalten. Denn wenn die Weltwirtschaftskrise in die nächste Runde geht, sich die am meisten betroffenen Länder keine Eingriffe in ihre wirtschaftliche Souveränität gefallen lassen wollen bzw. ihre Regierungen von ihrer eigenen Arbeiterklasse überrannt werden, schließt selbst Angela Merkel einen Krieg in Europa nicht mehr aus [5]. Die Gewerkschaften verschließen die Augen vor der Gefahr, dass möglicherweise alle bisherigen Mitbestimmungsrechte, alle sozialen und demokratischen Rechte nicht mehr gefragt sind. Deshalb sollten wir alles dafür tun, dass sich das ändert und kampf-

entschlossene Gewerkschaften die demokratische Forderungen dahin tragen, wo sie in erster Linie hingehören: auf die Straße, mit Streik und Arbeitsverweigerung!

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Berthold Huber, Interview in den VDI-Nachrichten vom 28. 5. 2010, S. 2
- [2] DGB-Verteilungsbericht 2011, Aufschwung für alle sichern, S. 59
- [3] 13. Kongress des ADGB 1928, abgedruckt in Arno Klönne, Hartmut Reese, Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 1986, S. 166/167
- [4] Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1926, H. 32, S. 62–65, dokumentiert in: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. 4, Berlin 1966
- [5] Regierungs-Erklärung vom 26. 10. 2011, s. Articleinleitung von „Eine Frage von Krieg und Frieden“ auf S. 13



LITERATURTIPP

Herbert Münchow

MACHT UND OHNMACHT DER LOHNNARBEITER

Robert Steigerwald weist im Vorwort von „Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter“ (Band 5 des Projekts Klassenanalyse @BRD der Marx-Engels-Stiftung) darauf hin, dass sich die marxistische Klassenanalyse weder mit „theoretischen Offenbarungseiden“ noch mit „Realitätsverweigerung“ und schon gar nicht mit „Glaubensbekenntnissen“ verträgt (S. 8). Revolutionstheoretischer Kern unserer Klassenanalyse ist die Verneinung der Notwendigkeit der Existenz der Klassen; die Lösung des Widerspruchs, an dem der utopische Sozialismus zerbrechen musste – des Widerspruchs zwischen Klassenkampf und klassenloser Gesellschaft durch die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse.

Helmut Steiner, für den dies ein zentrales Anliegen seiner soziologischen Forschung war, erscheint in der Aufsatzsammlung posthum mit zwölf Thesen zu Problemen der wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Klassen. Er hebt hervor, dass jede Sozialstruktur- und Klassentheorie „praktisch-politisch steril“ bleibt, solange sie sich in der „Struktur-Dimension der Klassen“ (Klasse als rein ökonomischer Begriff) erschöpft und „nicht ihr konkretes gesellschaftliches Bewusstsein/Handeln als kollektive Subjekte und Akteure einbezieht (Klassenbewusstsein“ (S. 23). Diesem Leitgedanken, bei dem es nicht darum geht ob, sondern wie der Klassenbegriff verwendet wird, folgen alle Beiträge im Buch. Obgleich die einzelnen Autoren in ihren

Auffassungen keineswegs völlig übereinstimmen, sind sie sich in der Behandlung der ökonomischen Klassen als Politikum einig: „Die reale Klasse ist die ‚mobilisierte Klasse‘“ (Lieberam, S. 65).

Erste gründliche Klassenanalyse seit den achtziger Jahren

Grundbestand des Buches sind die Aufsätze von Ekkehard Lieberam („Strukturwandel und Klassenbildung der Lohnarbeiter in Deutschland – Skizze nach 162 Jahren Manifest“) und Jörg Miehe („Zur Struktur der Erwerbstätigkeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der BRD von 1957/1970 bis 2005“). Durch diese beiden Beiträge ist das Buch die erste gründliche, auf



sozialstatistischen Daten aufbauende, Klassenanalyse seit den 1980er Jahren geworden. Lieberam und Miehe weisen nicht nur durch Zahlen den Strukturwandel und die Differenziertheit der Arbeiterklasse überzeugend nach – auch im Hinblick auf das Hinzukommen größerer Teile der technischen Intelligenz – sondern sie machen deutlich, dass sich innerhalb der Teilung der Arbeit die persönlichen Verhältnisse unvermeidlich zu Klassenverhältnissen fortbilden: Proletariat, Bourgeoisie, Kleinbürgertum.

Beruflich unterschiedene Kategorien von Lohnarbeitern gehören zu einer Klasse, da sie „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“ (Marx) sind, deren Platz im Gesamtsystem der Produktion gleichartig ist. Die Autoren verwenden dennoch keinen „weiten“ Klassenbegriff, der die tatsächlichen Veränderungen in der Arbeiterklasse ignoriert. Den Begriff „Arbeiter“ haben sie so festgelegt, dass darunter nur diejenigen fallen, die aufgrund der allgemeinen ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse, d. h. ihrer eigenen Lebenslage, zu einer proletarischen Denkweise gekommen sind.

Arbeitende Klasse und Industriearbeiterklasse

Miehe beziffert den Umfang der Arbeiterklasse der BRD im „orthodoxen und modernen Sinn“ auf 6,6 Millionen, die sich aus 1,4 Millionen technischen Angestellten und 5,2 Millionen Arbeitern zusammensetzen (S. 156). Er stellt fest, dass sich die Ausstattung der Industrie „mit Arbeitskräften vom Typus Arbeiterklasse“ nach und nach verringert (S. 157). Lieberam unterscheidet scharf zwischen der Arbeiterklasse als „Industriearbeiterklasse“, die nicht nur die „Blaumänner“ umfasst – aber die Klasse als revolutionäres Subjekt konstituiert – und der „arbeitenden Klasse“, die *alle* Ausgebeuteten, *alle* Lohnarbeiter, *alle* Eigentümer von bloßer Arbeitskraft *abzüglich* der „Dirigenten“ in Wirtschaft und Staat umfasst. Er wendet sich gegen die Gleichsetzung der Arbeiterklasse mit der Gesamtheit der „ausgebeuteten Lohnarbeiter“ (S. 63f). Seine Untersuchung ergab: „Die hierarchische Struktur der Bourgeoisie entwickelte sich weiter. Die Industriearbeiterklasse als mehrwertproduzierende Klasse veränderte sich quantitativ und qualitativ. Die Zahl der Lohnarbeiter in nichtproduk-

tiven Bereichen (der kommerziellen oder merkantilen Arbeit, der privaten und öffentlichen Dienstleistungen) erhöhte sich beträchtlich. Der Anteil der gewerblichen Mittelschichten an den Erwerbstätigen ging zurück; der der lohnabhängigen Mittelschichten nahm an Bedeutung zu. Die Klasse der werktätigen Bauern verschwand als soziale Struktur fast völlig von der Bildfläche“ (S. 45f).

Sehr wichtig ist Lieberams Analyse der Entwicklung der gewerblichen und der neu entstandenen lohnabhängigen Mittelschicht (S. 48ff). Letztere hat seit der IMSF-Studie „Klassen und Sozialstruktur der BRD 1950–1970“, in der sie ebenfalls auftaucht, an Umfang und Bedeutung erheblich gewonnen. Zu ihr gehören, so der Autor, diejenigen, die einen Doppelstatus haben; Eigentümer von bloßer Arbeitskraft sind und zugleich Aufgaben im Interesse des Kapitals übernehmen, also nach Marx Verwaltungslohn erhalten. Lieberam unterstreicht, dass die Formierung von Gegenmacht auf ein Bündnis aller antikapitalistischen Kräfte unter Einschluss der marxistisch-leninistischen Partei hinarbeiten muss (S. 80).

Klassenkonflikt und Bewusstsein der Lohnarbeiter

Wir wissen, dass nicht jeder, der objektiv zur Arbeiterklasse gehört, sich von der Kapitalistenklasse abgrenzen will. Die „Klassentheorie von Marx und Engels steht vor der Aufgabe, die Frage zu beantworten, wie das ‚ausgebeutete Volk‘ auf der Grundlage gemeinsamer Gegenwarts- und Zukunftsinteressen sich zu einer politisch handlungsfähigen Gegenmacht entwickeln kann und welche weiteren potenziellen sozialen und politischen ‚Subjekte‘ einer progressiven Gesellschaftsveränderung (...) ihr dabei zur Seite stehen“ (Lieberam, S. 65). Achim Bigus, Thomas Lühr und auch ich steuerten deshalb für den Klassenband Untersuchungen bei, die sich mit der Verarbeitung des Klassenkonflikts im Denken und Handeln der Lohnarbeiter befassen.

Bigus erläutert in einem sehr interessanten Beitrag, weshalb nicht damit zu rechnen ist, dass „das bloße Erleben der kapitalistischen Krise (...) die Menschen zur Gegenwehr und vielleicht auch politisch nach links“ treibe (S. 179). Er untersucht Hemmnisse, die der

Entwicklung von Kampfbereitschaft und Klassenbewusstsein der Lohnarbeiter entgegenwirken, um Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Wer auch nur ein wenig gewerkschaftlich tätig ist, wird diese Überlegungen in ihrer Ausgewogenheit und Gegenständlichkeit sehr zu schätzen wissen.

Ebenso verhält es sich mit dem Beitrag von Lühr „Wie die Angst überwinden? Prekarisierung und Handlungsfähigkeit“. Wer wie Lühr Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Lohnarbeit als Resultat von kapitalistischem Klassenhandeln betrachtet, wird wie er nicht die Angst als das eigentliche Problem ansehen, sondern eine sozialpartnerschaftlich orientierte Interessenvertretung, die den Lohnabhängigen die Möglichkeit nimmt, sich zur Wehr zu setzen, um die eigene Handlungsfähigkeit zu verteidigen (S. 210). Mein Beitrag befasst sich mit dem Streik der GDL von 2007. Da wir es im Kapitalismus mit ständelosen Klassen zu tun haben, wirft das starke Aufbegehren einer Berufsgewerkschaft, die früher fast nur aus Beamten bestand, unweigerlich die Frage auf, ob es sich hier um gewerkschaftlichen Klassenkampf oder ständische Spaltung handelt. Wobei die GDL, je „zünftlerischer“ sie vorging, immer näher an die Klassenfrage heran kam.

Anmerkung der Redaktion:

Das besprochene Buch ist jedem politisch Interessierten unbedingt zu empfehlen.

E. Lieberam/J. Miehe (Hg): Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 210 Seiten, ISBN 978-3-89144-439-9, 19,90 Euro.



WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Andreas Hartle, Johannes Magel

KOMMUNALWAHLKAMPF 2011 IN HANNOVER

In der Region Hannover hatte sich zu den Kommunalwahlen 2005 das kommunalpolitische Personenbündnis *Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG)* gebildet. Der Versuch, ein kommunales Linksbündnis zu bilden, fiel zeitlich mit der Gründungsphase der jetzigen Linkspartei (PDL) aus PDS und WASG zusammen. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass ein gleichberechtigtes Linksbündnis unter Einschluss der DKP mit der Linkspartei nicht zu realisieren war, ergab sich örtlich die Möglichkeit, mit einem Teil des WASG-Spektrums das Wahlbündnis BSG zu bilden. Das Bündnis erzielte auf Anhieb recht beachtliche Erfolge: Je ein Mandat in der Regionsversammlung und im Rat der Stadt sowie zwei Bezirksratsmandate.

Die DKP-Kreisorganisation Hannover hatte bereits 2010 Kurs auf einen Wahlantritt in Form der Unterstützung des BSG genommen. In diesem Artikel wollen wir die Bündniskandidatur sowie Verlauf und Ergebnisse der Wahlkampagne zur Diskussion stellen.

Das politische Handeln der BSG-Mitglieder speist sich aus weltanschaulich unterschiedlichen Quellen, wie ihre programmatischen Grundsätze zeigen. Mit uns Kommunisten, die wir eine sozialistische Gesellschaftsordnung bei konsequentem Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen anstreben, kämpfen Bündnispartner, die in sozialdemokratischer Tradition eine konsequente Kontrolle und Demokratisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems für möglich halten.

Unterschiedliche programmatische Grundlagen im Bündnis

Bei einer solchen politisch-ideologischen Konstellation sind Konflikte und Meinungsverschiedenheiten innerhalb eines Bündnisses durchaus normal. Im Frühjahr 2011 meinten einige unserer Bündnispartner, sie könnten ihre Wahlchancen verbessern, wenn sie, in Änderung ihrer bisherigen politischen Praxis, öffentlich auf Distanz zur DKP gehen. Diese Versuche führten zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb des Bündnisses, aber auch innerhalb der DKP-Kreisorganisation. Bei größerer Sensibilität für die politischen Befindlichkeiten der Bündnispartner und einer politisch reiferen und flexibleren Reaktion unsererseits hätte sich ein Teil der Zuspitzungen vermeiden lassen. Positionierungen in dem Sinne „Sarrazin hat gar nicht so unrecht!“, die einzelne Mitglieder vertraten, sind allerdings auch innerhalb eines ideologisch heterogenen Bündnisses nicht tolerabel, so dass eine politische Trennung nicht zu vermeiden ist. Die Konflikte konnten aber noch rechtzeitig vor der Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten überwunden werden und das Wahlbündnis trat flächendeckend in der Region Hannover, in der Stadt Hannover und zusätzlich in drei Stadtbezirken an.

In der Kleinzeitung der DKP *Hannover Hannoversches Volksblatt (HVB)* war das Verhältnis von DKP und BSG bereits ca. ein Jahr vor den Kommunalwahlen stets offen und klar benannt worden. In der August/September-Ausgabe des HVB stellten die beiden Spitzenkan-

didaten des BSG (Nichtmitglieder der DKP) ihre Positionen zur Kommunalwahl in einem Interview *Für eine soziale Stadt!* dar. In derselben Ausgabe bezog die DKP noch einmal Position: „Uns eint mit allen Mitgliedern des BSG unsere Haltung in der politischen Praxis: konsequent und unbestechlich für die sozialen Interessen der ‚kleinen Leute‘ in dieser Stadt und in der Region. Das ist unser gemeinsamer Maßstab; dazu stehen wir als Kommunistinnen und Kommunisten genau wie alle anderen Aktiven des BSG.“

Die SDAJ-Gruppe Hannover hatte sich frühzeitig mit dem Thema Kommunalpolitik auseinandergesetzt und für sich die Festlegung getroffen, den Wahlkampf des BSG aktiv zu unterstützen. Zwei profilierte Genossen der SDAJ kandidierten für das BSG, und an der Entwicklung und der schwerpunktmäßigen Verteilung des BSG-Jugendflyers vor Schulen hatte die SDAJ maßgeblichen Anteil.

Konkurrenz und Gemeinsamkeiten mit der PDL

Da sowohl das BSG und als auch die PDL auf dem linken Flügel des Wahlspektrums vertreten sind, standen sie zueinander in Stimmenkonkurrenz. Beide Formationen treten für den Widerstand gegen die Politik der etablierten Parteien ein, gegen Hartz IV, gegen die vielen PPP-Maßnahmen, gegen die offizielle Patenschaft der Stadt Hannover mit der 1. Panzerdivision. Auf beiden Seiten wurde jedoch die politische Einsicht beherzigt, dass es einen gemeinsamen Gegner gibt und daher



die Abgrenzung voneinander nicht die jeweilige Wahlkampagne bestimmen darf.

Insbesondere mit dem *DKP-Volksfest* Ende August hat sich die Partei eigenständig profiliert. In der kommunalpolitischen Diskussionsrunde waren auf dem Podium der Fraktionsvorsitzende der PDL im Rat Hannover und Michael Gerber, Fraktionsvorsitzender der DKP im Rat Bottrop, neben dem parteilosen BSG-Spitzenkandidaten für den Rat. Über die klaren Worte von Michael Gerber, wie die Finanzkrise auf die Kommunen durchschlägt, bestand Einmütigkeit: Die Krise kann nicht „weggespart“ werden! Eine Veränderung der Finanzpolitik zugunsten der Kommunen erfordert eine Mobilisierung der arbeitenden Menschen, der Erwerbslosen, der arbeitenden und lernenden Jugend und der Rentner. Sie sind die Hauptbetroffenen der Sparorgie der Städte und Gemeinden.

Neben der zentralen Losung **Streichen bei den Reichen statt sparen bei den Armen!** wurden auf Plakaten, Flugblättern und Aufklebern Schwerpunkte gesetzt:

- Kampf gegen Sozialabbau und Lohndrückerei – für 10 Euro Mindestlohn – Weg mit Hartz IV – Tarifliche Arbeit statt Ein-Euro-Jobs.

- Die Krise kann nicht „weggespart“ werden: Die Banken haben an der öffentlichen Verschuldung seit Jahrzehnten riesige Gewinne gemacht. Wir fordern die Entschuldung der Städte auf Kosten der Banken!

- Für das Recht auf Bildung kämpfen! Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

- Empört Euch – In Hannover bereits zehn Büchereien geschlossen – Rettet die Stadtbibliothek Limmerstraße

Ergebnis der Wahlkampagne

Fast 30.000 BSG-Flugblätter wurden in den Schwerpunktgebieten Linden-Limmer und Herrenhausen-Stöcken an Infoständen und in den Häusern verteilt. In der Region erhielt das BSG insgesamt 2429 Stimmen (0,6 %), für den Rat der Stadt Hannover 3532 Stimmen (0,7 %), das Bezirksratsmandat Linden-Limmer wurde mit 1074 Stimmen (2,7 %) verteidigt. Hier setzte sich der parteilose Schornsteinfegermeister Norbert Voltmer als BSG-Kandidat durch. Mandate für die Regionsversammlung und den Rat der Stadt Hannover wurden nur knapp verfehlt. Soweit das Ergebnis in nackten Fakten.

Die Kreisorganisation Hannover ist bei ihrem Herangehen an die Wahlkampagne von der einfachen Erkenntnis

ausgegangen, dass Wahlkampf-Monate Perioden erhöhter politischer Aufmerksamkeit sind. Diese Erkenntnis hat sich, auch in Zeiten nachlassender Wahlbeteiligungen, bestätigt. Die o. g. Turbulenzen wurden durch eine intensive kollektive Diskussion überwunden. Die überwiegende Mehrheit der Genossinnen und Genossen der Kreisorganisation beteiligte sich ideenreich und mit hohem Einsatz an der Wahlkampagne.

So wurde das Hauptziel erreicht, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen über den Grundgedanken, dass man sich solidarisch gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren muss. Viele Hundert Gespräche bei den Infoständen und auf dem Volksfest zeigten, dass unsere Argumente die Menschen erreichen. Diese Wahlkampagne stärkte das Vertrauen in die eigenen Kräfte, bei unseren Bündnispartnern aber gerade auch bei den DKP-Mitgliedern selbst.



Männer Gruß

BERLIN – HAUPTSTADT DER KLASSENWIDERSPRÜCHE

Die DKP im Berliner Wahlkampf

Nachdem die Berliner DKP bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus (AH) und zu den Bezirksvollversammlungen (BVV) 2005 auf die Unterstützung der WASG-Liste orientierte, entschied sich die Berliner Landesorganisation (LO) zu den AH- und BVV-Wahlen im September 2011 mit übergroßer Mehrheit für eine Eigenkandidatur.

Die bloßen Wahlergebnisse zeigen:

- Ausgehend von den AH-/BVV-Wahlen 2001, über die EU-Wahlen 2009, bis zu den Bundestagswahlen 2009, konnte die Berliner DKP ihr Ergebnis kontinuierlich steigern. Gegenüber den AH-Wahlen 2001 (absolut 1382 Zweitstimmen; 0,1 %) konnte sie dabei ihr Ergebnis 2011 (absolut 3614 Zweitstimmen; 0,2 %) weit mehr als verdoppeln.

- Der kontinuierliche Anstieg ist prozentual gleichwertig in West- und Ost-Berlin festzustellen, wobei der Stimmenanteil im Osten der Stadt absolut mit 2493 Zweitstimmen (0,4 %) mehr als doppelt so hoch ausfällt wie im Westen (1121 Zweitstimmen; 0,1 %)

- Der Stimmenzuwachs kann nicht über das niedrige Gesamtniveau der Wahlergebnisse hinwegtäuschen.

Das heißt: Die Berliner DKP ist für die Menschen in Berlin bis auf eine winzige Minderheit keine Wahloption.

Grundkoordinaten für die Kandidatur der Berliner DKP

Die Eigenkandidatur der Berliner DKP stand nicht von vornherein fest, sondern war das Ergebnis von Diskussionen in und außerhalb der Partei. Die politische Leitlinie bei der Entscheidungsfindung war: Wie kann eine konsequent antikapitalistische Opposition bei den AH-/BVV-Wahlen aufgebaut werden, die sich einerseits strikt gegen den von der LINKEN in der Regierung mitgetragenen Sozialkahl Schlag wendet, gleichzeitig aber auch verhindert, dass konservative und neofaschistische Kräfte wie die NPD, Pro Deutschland, Die Freiheit etc. mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie punkten können?

Ausgehend von dieser Fragestellung favorisierte der Berliner Landesvorstand zunächst eine Bündniskandidatur mit Vertretern aus verschiedenen Bewegungen in der Stadt (Berliner Wassertisch, Überreste der WASG, Antifa, Mieten u. a.). Recht schnell wurde jedoch deutlich, dass eine solche Kandidatur angesichts des Bewusstseinsstandes der Widerstandskräfte nicht möglich und die Berliner Partei auch nicht in der Lage war, eine integrierende und formierende Kraft hin zu einer Bündniskandidatur zu werden. In dieser Situation wurde eine Eigenkandidatur der Berliner DKP zu einer politischen Notwendigkeit, bei der es nicht um Selbstprofilierung, sondern um das Gesamtinteresse der antikapitalistischen Widerstandskräfte in Berlin ging.

Zu dieser Notwendigkeit beigetragen hat vor allem die Regierungspolitik der LINKEN im Berliner Senat. Zur Wahl der LINKEN aufzurufen hätte bedeutet, zur Wahl einer Partei aufzurufen, die die größte Wohnraumprivatisierung in der Geschichte Berlins mitgetragen und noch im Februar 2011 alle Register gegen den Volksentscheid zur Offenlegung der Wasser-Geheimverträge zwischen dem Land Berlin und den Konzernen RWE und Veolia gezogen hat (siehe T&P Nr. 24). Mit einem Wahlauf Ruf für die LINKE hätte die Berliner DKP nicht nur bei Teilen der Bevölkerung, sondern auch bei Bünd-

nispartnern jegliches Vertrauen verspielt.

Die Entscheidung für eine Eigenkandidatur wurde dabei erleichtert durch die Erfahrungen, die die Berliner LO bei den EU- und Bundestagswahlen 2009, aber auch beim Wasservolksentscheid Anfang 2011 gesammelt hat. Es stand z. B. außer Zweifel, dass die Berliner DKP die notwendigen Unterstützungsunterschriften zusammenkriegen würde. Vor allem aber bestätigte sich die Vermutung, dass Vorwürfe insbesondere aus der Mitgliedschaft der Berliner LINKEN ausbleiben würden, die DKP betreibe mit ihrer Eigenkandidatur eine Spalterpolitik. Das Verhalten der LINKEN-Führung beim Wasser-Volksbegehren war einfach noch zu frisch im Gedächtnis, um zu vergessen, dass sie es war, die den Widerstand gegen RWE und Veolia gespalten hatte.

Position im Klassenkampf beziehen

Mit der Kandidatur zu den Wahlen machten sich die Genossinnen und Genossen keinerlei Illusionen über ihre Möglichkeiten in Bezug auf die Wahlergebnisse. Dementsprechend ging es der Berliner DKP beim Wahlkampf nicht um Stimmenfang um seiner selbst willen, sondern erstens darum, die Partei in breiteren Teilen der Bevölkerung bekannt zu machen, und zweitens unter den Widerstandskräften in Berlin eine Debatte darüber anzustoßen, mit welchen Angriffen des Klassengegners wir konfrontiert sind, in welcher Beziehung diese Angriffe zueinander stehen und welche strategischen Aufgaben in Berlin zu bewältigen sind.

Zentrales Mittel nach außen waren hierbei unser Wahlprogramm und unsere Wahlkampfzeitung, die stärker agitatorisch angelegt war als das Wahlprogramm. Diese Agitationsmaterialien waren das Ergebnis eines Diskussionsprozesses innerhalb der LO, in dem sich die Genossinnen und Genossen darüber im Klaren werden mussten, wo die Berliner LO über die Wahlen hinaus die zentralen Felder des Klassenkampfes in der Stadt sieht. Dabei haben sich die Felder Mieten, Gesundheit, Schule und ÖPNV herauskristallisiert, da sie eine gemeinsame Klammer im Kampf gegen Privatisierung haben. Wir betrachteten es im Wahlkampf nicht als

unsere Aufgabe, einen Forderungskatalog aufzustellen und die Illusion zu verbreiten, die DKP würde diese Forderungen im Parlament schon umsetzen, wenn sie nur gewählt werden würde. Vielmehr war die Wahlprogrammatik darauf ausgerichtet, die Situation im Klassenkampf konkret für Berlin zu benennen und deutlich zu machen, dass nur der außerparlamentarische Widerstand in Betrieben und in den Kiezen die Voraussetzung schaffen kann, um Abwehrkämpfe zu formieren.

In diesem Sinne hat die Berliner DKP den Wahlkampf erfolgreich als Tribüne für ihre Positionen genutzt, um direkt nach der Wahl im Rahmen des S-Bahn-Volksbegehrens und beim Streik der CFM-Beschäftigten bei der Charité weiteren Teilen der Berliner Bevölkerung praktisch zu zeigen, dass die entscheidenden Klassenauseinandersetzungen nicht an der Wahlurne ausgetragen werden, wie es die Berliner DKP auch in ihrem Wahlprogramm vertreten hat.



WIR BEDANKEN UNS BEI ALLEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN, DIE FÜR DIE FINANZIERUNG VON T&P GESPENDET HABEN, SEHR HERZLICH. ALLERDINGS SIND DIE NÄCHSTEN NUMMERN ZUR GÄNZE NOCH NICHT VÖLLIG GESICHERT!

INHALT

<i>Renate MÜNder</i> Editorial	1
<i>Hans Heinz Holz</i> 10 Thesen zur marxistisch-leninistischen Theorie	2
<i>Patrik Köbele</i> Ein Unentbehrlicher ist tot	4
<i>Daniel Bratanović</i> Einheit von Theorie und Praxis	5
<i>Hans-Peter Brenner</i> Weg zum Sozialismus	7
<i>Renate MÜNder</i> Warum eine Debatte zur antimonopolistischen Demokratie?	8
<i>Renate MÜNder</i> Forderungen im Zeichen der Krise	10
<i>Andreas Wehr</i> Widerstand vor Ort	11
<i>Frank Bochow</i> Portugals Kommunisten widersetzen sich dem Diktat der „Troika“	12
<i>Renate MÜNder</i> Eine Frage von Krieg und Frieden	14
<i>Peter Willmitzer</i> Weltordnungspolitik des IG Metall-Vorstands	16
<i>Eva Niemeyer</i> Wirtschaftsdemokratie verhindert Abwehrkampf	17
Literaturtipp	
<i>Herbert Münchow</i> Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter	19
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Andreas Hartle, Johannes Magel</i> Kommunalwahlkampf 2011 in Hannover	21
<i>Männe Grüß</i> Berlin – Hauptstadt der Klassenwidersprüche	22

IMPRESSUM

<http://www.tundp.info>

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate MÜNder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate MÜNder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1300

Einzelverkaufspreis: Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGSKGID5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.tundp.info> verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.